

Volkswacht

für Schlesien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstr. 5; Matthiasstr. 10, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus monatlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmt. zu entrichten wöchentlich 0.07 Rmt. + 1 Pf. Trägerlohn = 0.08 Rmt. Durch die Post 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmt. Durch die Post einzeln Postgebühren 2.40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21233
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort: 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Schacht der Landesverräter

vernichtet im Auftrag der nationalen Opposition Deutschlands Kredit — Ugeheure Empörung in ganz Deutschland — Scharfe Antwort der Reichsregierung

Auf der Harzburger Tagung der sogenannten Opposition wie wir gestern bereits kurz meldeten, auch der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Rede gehalten, in der er in gläubiger Weise Märchen über die Lage der Reichsbank und unserer Währung verbreitete, Lügen, die geeignet sind, das öffentliche Kredit erneut zu untergraben und Deutschlands Kredit aufs schwerste zu schaden. Diese Rede hat in ganz Deutschland mit Recht die größte Empörung hervorgerufen und die ganze Welt wieder in Verwirrung versetzt. Darüber wird nun weiter gemeldet:

Dietrichs Antwort an Schacht

Auf die landesverräterische Rede des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Harzburg hat Finanzminister Dr. Dietrich am Montag vor dem Reichstag in der Presse wie folgt geantwortet: Die Behauptung Schachts, die Reichsbank sei benützt worden, um die Liquidität der öffentlichen Hand zu verbergen, ist eine bezuglose und unerhörte Behauptung, die geeignet ist, dem Deutschen Reich, den deutschen Finanzen und dem deutschen Volke den schwersten Schaden zuzufügen.

Die Behauptung ist durchgängig unwahr. Die Reichsbank hat dem Staat keinen einzigen Pfennig geliehen und hat auch den Staat nicht so gut wie gar nichts geborgt. Ebenso wenig hat die Reichsbank den Gemeinden so gut wie keinen Kredit der Reichsbank erhalten.

Was die Kritik an der Mitwirkung der Reichsbank bei der Verbindung der Bankenzusammenbrüche und der Schwierigkeiten der Sparbanken anlangt, so entsinne ich mich ganz gut, Herr Schacht ganz ähnliche Ansichten ausgesprochen zu haben, die den jetzt durchgeführten Maßnahmen entsprechen. Im übrigen hat das Reich seinen Schulden, die in Höhe von 420 Millionen Reichsmark dem Jahre getilgt werden sollen, am 1. Oktober nahezu 100 Millionen zurückgezahlt. Man kann also nicht sagen, das Reich sei nicht in der Lage, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen. Nun ist weiter von Schacht behauptet worden, der Finanzminister wisse nicht, was er tut. Der Finanzminister weiß schon, wie er handelt. Aber es ist bekannt, daß einige Gemeinden in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Ich habe jedoch auf die Tatsache hingewiesen, daß von den ganzen Gemeinden, die in Deutschland leben, höchstens 2 bis 3 Millionen in Schwierigkeiten sind. Alle anderen Gemeinden sind in Ordnung. Angehts dieser Tatsache ist es unverantwortlich, wenn Herr Dr. Schacht in solchen Tönen redet und den letzten Kredit nimmt.

Weiter ist in der Rede Dr. Schachts die Reichsregierung als unfähig bezeichnet worden. Ja, meine Herren, an Ueberheblichkeit leiden noch mehr Leute in Deutschland. Es ist allmählich in Deutschland Sitte geworden, daß jemand, je mehr er schimpft, desto mehr glaubt, ein Recht zu haben, sich als national zu betheiligen. Was nun die deutsche Auslandsverbindung angeht, so wäre es für Herrn Dr. Schacht eine schwere Aufgabe gewesen, den genauen Umfang dieser Verbindungen während seiner Tätigkeit als Reichsbankpräsident festzustellen. Die Reichsbank ist bekanntlich im Stand der deutschen Auslandsverbindung festzuhalten und bei der ungeheuren Schwierigkeit, die diese Materie für uns darstellt, kann es sehr leicht sein, daß sich schließlich die Schulden der Reichsbank herausstellen, als man bisher vermutet hat. Das aber nicht daran, daß die kurzfristigen Auslandsverpflichtungen durch das bekannte Stillhalteabkommen vor dem Abzug ins Ausland geschätzt wurden. Was ist irgendjemand von der Reichsregierung oder Reichsbank heimlich worden? Alle diese Dinge haben die Späher in Dänemark gespürt. Es ist eine bekannte Sache, daß die Reichsbank einen Kredit von 50 Millionen Dollar in Amerika hat, Herr Dr. Schacht selber besorgt hatte und den er in der letzten Zeit der Not entsprechend in Anspruch nahm. Er im übrigen 100 Millionen Dollar bei der B.Z., bei der von Frankreich usw. in Anspruch genommen haben, haben die Reichsbank einmal geschrieben. Die Bank von England hat andere Kredite in Anspruch genommen, aber in England niemand auf einer politischen Tagung eine solche Rede wie es Dr. Schacht getan hat. Einen solchen Mann werden wir in England nicht finden. Er würde dort gänzlich unzulässig und lächerlich nicht mehr werden lassen. Es ist etwas ganz anderes, wenn jemand auf der Straße solche Dinge schreibt. Aber ein Mann, der früher Reichsbankpräsident war, solche Dinge zu sagen, ist das.

Für den Bestand des Reiches gefährlich. Die ganze Gefahr für das deutsche Volk liegt in seiner Unfähigkeit. Die Situation ist in Deutschland schließlich nicht so schlimm, wie Herr Schacht behauptet hat. Ende des Jahres oder im Jahre 1932 war, daß wir verheeren müßten, sondern wir haben eine gute Ernte in Aussicht. Wir haben einen Viehbestand, mit dem wir die Bevölkerung bequem bis zur nächsten Ernte durchbringen können, endlich haben wir Kohlen und Zucker. Wir haben also Brot, Fleisch, Kartoffeln und Zucker, und es wäre nur nötig, daß die Bevölkerung

die Frage ist jetzt: Ist die Rechte zu wirklicher Verantwortung bereit? Wenn sie glaubt, im Sinne von Harzburg regieren zu können, so dürfte sie sich allerdings schnell abgeben. Wir sind aber einverstanden der Meinung, daß die Forderungen, welche dort aufgestellt wurden, nur die innere Unausgeglichenheit der Geister und Meinungen und damit die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit zur Regierungsbildung betreffen. Die Regierungsbildung mit ihren entsprechenden Maßnahmen ist eine öffentliche Hauswirtschaftsfrage, nicht nur das des Reiches sondern vor allem der Gemeinden einfach aufzuheben, ohne ein Wort zu sagen, wie man sich dann die Schindlader der öffentlichen Haushalte denkt, ist demagogisch. Darüber hilft auch alle metaphysische Geheimnisträumerei und helfen alle Redensarten auf „Rezepte nicht voreilig preisgeben“ nicht hinweg. Wir sind uns bewußt, daß eine Rechtsregierung in heutiger Zeit für unsere Außenpolitik und für unsere Schuldenerlage gegenüber dem Ausland erhebliche Gefahr in sich birgt. Dies umso mehr, als der frühere Reichsbankpräsident Schacht in Bad Harzburg Neuerungen getan hat, die einfach unverständlich bleiben.“

Der Kagenjammer beginnt schon

Köln, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Kölnische Zeitung“, die der Schwerindustrie nahesteht und große Hoffnungen auf Harzburg gesetzt hatte, ist über das Ergebnis dieser Tagung sehr enttäuscht. In einem längeren Artikel „Fieber der Politik“ macht das Blatt folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„Die Frage ist jetzt: Ist die Rechte zu wirklicher Verantwortung bereit? Wenn sie glaubt, im Sinne von Harzburg regieren zu können, so dürfte sie sich allerdings schnell abgeben. Wir sind aber einverstanden der Meinung, daß die Forderungen, welche dort aufgestellt wurden, nur die innere Unausgeglichenheit der Geister und Meinungen und damit die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit zur Regierungsbildung betreffen. Die Regierungsbildung mit ihren entsprechenden Maßnahmen ist eine öffentliche Hauswirtschaftsfrage, nicht nur das des Reiches sondern vor allem der Gemeinden einfach aufzuheben, ohne ein Wort zu sagen, wie man sich dann die Schindlader der öffentlichen Haushalte denkt, ist demagogisch. Darüber hilft auch alle metaphysische Geheimnisträumerei und helfen alle Redensarten auf „Rezepte nicht voreilig preisgeben“ nicht hinweg. Wir sind uns bewußt, daß eine Rechtsregierung in heutiger Zeit für unsere Außenpolitik und für unsere Schuldenerlage gegenüber dem Ausland erhebliche Gefahr in sich birgt. Dies umso mehr, als der frühere Reichsbankpräsident Schacht in Bad Harzburg Neuerungen getan hat, die einfach unverständlich bleiben.“

Am Schluß ihres Artikels stellt die „Kölnische Zeitung“ fest: „Die Tagung der Nationalen Opposition hat enttäuscht. Bei aller Vorsicht des Urteils: man hatte etwas ganz anderes erwartet: eine für sich praktisch brauchbare und ideenmäßig geeignete Zusammenfassung der Kräfte der Rechten; ein politisch-wirtschaftlich einleuchtendes Programm; eine zündende Kundgebung, vor der auch der noch zögernde sich instinktmäßig gebeugt hätte. Stattdessen haben wir im großen und ganzen nur bewiesen bekommen, daß die nationale Rechte in sich noch uneinig ist und kein erfolgversprechendes Programm aufzuweisen hat.“

Gewerkschaftliche Abwehrfront in der Bildung

Alle Gewerkschaftsrichtungen beteiligt — Auch die Beamten machen mit Aktion beim Reichspräsidenten geplant

Der Harzburger Kampfsruf der vereinten Reaktion hat bereits die Gewerkschaften aller Richtungen auf den Plan gerufen. Die Organisation der Abwehr der großen Arbeitnehmerverbände ist in vollem Gange. Ueber die zu diesem Zweck am Montag abgehaltene Sitzung haben die Gewerkschaften der Öffentlichkeit folgende Mitteilung übergeben:

„Die Spingengewerkschaften aller Richtungen, einschließlich der Beamtenverbände, kamen am Montag zu einer Besprechung zusammen. In erster Linie galt diese Besprechung der Abwehr der Gefahren, die durch die Umsturzpläne der „Nationalen Opposition“, insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden sind. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“

Die Gewerkschaften beabsichtigen u. a. entsprechende Vorstellungen beim Reichspräsidenten.

Die SPD-Fraktion zur Lage

Beschlüsse noch nicht gefaßt — Die Gefahr der Sozialreaktion und des Faschismus — Die Forderungen der Fraktion Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montag nachmittag einen Bericht des Abgeordneten Dr. Breitscheid über die politische Lage entgegen. In der ausgedehnten Aussprache wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zusammenkunft der sogenannten Nationalen Opposition in Harzburg der gesamten arbeitenden Bevölkerung die ungeheuren Gefahren aufgezeigt hat, die ihr von der Rechten drohen. Unter der Führung von Schwerindustriellen, Bankfürsten und Hofenstörern hätten sich dort alle Kräfte vereinigt, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten die politischen Rechte rauben, ihre Lebenshaltung brutal herabdrücken, Sozialgesetz-

In ihrem Handelsteil schreibt die „Kölnische Zeitung“ dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgendes ins Stammbuch: „Wir sind mit Schacht vollkommen einig, wenn er sagt: uns hilft kein Zauberfunkelstück, kein Geldbruder und keine Auslandskredite. Das war hoffentlich an die Adresse der Inflationsspekulation der Nationalen Opposition gerichtet. Aber zur Frage der Auslandskredite noch ein letztes Wort.“

Als Schacht von der Reichsbank ging, war die Auslandskredit so, wie sie uns schließlich ins Unheil geführt hat. Er stand damals der Konsolidierung so machtlos gegenüber, wie der neue Reichsbankleiter. Dr. Schacht war ein schlechter Werber für Vertrauen, als er zur Nationalen Opposition sprach. Er müßte am besten wissen, wie schwierig es ist, die Währung und die Wirtschaft zu verteidigen, nachdem wir in die Auslandsverschuldung hineingeraten waren.“

Was man im Ausland über Schacht denkt

Paris, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Erklärungen Schachts auf der Harzburger Tagung über die Lage der Reichsbank haben auch in Frankreich großes Aufsehen erregt.

Der „Intransigeant“ schreibt unter der Überschrift „Die Welt in Europa“, daß die Rede aufschlußreich über die Mentalität eines großen Teils der „nationalen Opposition“ ist, der die Politik des Stillstandes betreibt und den Zusammenbruch Deutschlands organisieren will, um sich von den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien und dem ganzen Welt die Kraft zu geben, Europa den Krieg zu erklären. Diese Behauptungen Schachts seien es, die die Welt demütigten und sie mit den schlimmsten Klagen bedrückten.

Der „Temps“ erklärt, das Verhalten Schachts mitten in der gegenwärtigen Krise sei eines deutschen Patrioten (sonderbare Art, die nationalen Interessen zu verteidigen). Die Harzburger Besprechung bedeutet trotz des Vertrauens, mit dem man sie begrüßte, für die Sicherung des Friedens und die Befestigung der Wirtschaftskrise betrachten möge, keine ernste Warnung, der man Rechnung tragen müsse. Mit einem unermüdlich guten Willen habe man versucht, Deutschland wieder aufzurichten und das Vertrauen zu ihm soweit als möglich wieder herzustellen, um eine Entspannung zu erleichtern. Dieser nationalpolitische und völkische Geist drohe aber alles zu kompromittieren, was in diesem Sinne unternommen worden sei. Die Beschwörung von Harzburg richte sich zwar vor allem gegen das Kabinett. Aber jeder wisse, daß, wenn diese Offenheit gelingen sollte, ihre Rückschlüsse sich auf außenpolitischem Gebiet sofort bemerkbar machen würden. Wenn die „nationale Opposition“ in Berlin an die Regierung kommen sollte, würde sie entweder den Zusammenbruch ihrer Politik eingestehen müssen, was ihren sofortigen Sturz bedeuten würde, oder sie würde sich kopfüber in Abenteuer stürzen müssen, die das deutsche Volk auf sein letztes Ende hinführen würden.

Die „nationale“ Opposition ist uneinig

Das Organ des christlich-sozialen Volksdienstes, die Berliner „Tägliche Rundschau“, nimmt unter der Überschrift „Das Harzburger Schauspiel“ zu den Beratungen der Rechtsopposition wie folgt Stellung: „Nicht nur diejenigen, die mit starker Reserve gegenüber dem

gebung und Tarifrecht vernichten wollen. In Harzburg sei aber auch die Lösung aufgenommen worden, wonach durch eine neue Inflation der gewerbliche Mittelstand und die breiten Massen der kleinen Sparer und Rentner zum zweiten Male zugunsten der Schwerindustriellen und Großkapitalisten enteignet werden sollen.

Die Sozialdemokratische Fraktion wird Beschlüsse erst nach der Rede des Reichskanzlers fassen. In einer Reihe von Anträgen fordert die Fraktion eine wirksame Kürzung der großen Pensionen und hohen Gehälter, eine Neuaufrollung der Fürstenabfindungen, die scharfe Kontrolle des Banken- und Kartellwesens, die Behebung des Baumarktes, sowie andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise der breiten Massen, insbesondere durch eine ausreichende Winterhilfe für Erwerbslose, Sozialrentner und alle anderen Hilfsbedürftigen.

Kredit für die Reichsbank verlängert

Basel, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hat am Montag beschlossen, auf drei Monate ab 4. November seinen Anteil von 25 Millionen Dollar an dem Kredit für die Reichsbank zu verlängern und die Notenbanken der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs zur gleichen Verlängerung ihrer Anteile aufzufordern. Ebenso wurde der Kreditanteil für die österreichische Nationalbank in Höhe von 40 Millionen Schilling auf die 100-Millionen-Anteile verlängert und der Anteil von einer Million Dollar von dem 3-Millionen-Dollar-Kredit der jugoslawischen Nationalbank.

Harzburger Schauspiel die Ergebnisse betrachten, sondern auch diejenigen, die auf die Tagung starke Hoffnungen setzten, sind etwas enttäuscht. Es hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die drei Gruppen der Opposition sich nicht einig sind. Es hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß über die nächsten und entscheidenden politischen Fragen keine Einigkeit und keine Klarheit besteht. Das einzige Programm, das im Lager der Opposition Achtung und Anerkennung findet, ist das Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Programms führt zum Bolschewismus.

Kommunisten verlangen die Verhaftung der Landesverräter von der „nationalen“ Opposition — Werden sie aber auch danach Politik treiben?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat auf Beschluß des Zentralkomitees der KPD. im Reichstag den Antrag eingebracht, „Hitler, Hugenberg, Schacht, Selbte und Düstlerberg, die auf der Harzburger Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ durch ihr Komplott zur Herbeiführung einer neuen Inflation sich des Hoch- und Landesverrates an den Interessen des werktätigen Volkes schuldig gemacht haben, sofort zu verhaften.“

Und im Reichstag? Werden sich die Kommunisten bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning wieder an die Seite ihrer Bundesgenossen beim preussischen Volkseutrecht stellen, an die Seite der Hoch- und Landesverräter, deren Verhaftung sie jetzt fordern? Ihre Verbrüderung mit den „Hoch- und Landesverräter“ bei der Abstimmung ist nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich. In diesem Falle würde sich die KPD. wieder einmal selbst entlarven und vor aller Welt dokumentieren, daß die „Stärke“ der Hoch- und Landesverräter in Deutschland sich auf kommunistische Arden stützt. An die Macht ist die „nationale Opposition“, sind die „Landesverräter“ nur mit Hilfe der KPD. zu bringen. Zum Dank dafür werden Hugenberg und Hitler im gegebenen Falle die KPD. verbieten. Das heißt bereits heute fest.

In der Berliner kommunistischen „Welt am Abend“ konnte man am Montag in einer Besprechung der Harzburger Zusammenkunft und ihrer Absichten das folgende lesen:

„Die nationale Koalitionsregierung wird nichts anderes sein als die nackte Diktatur des Schwerkapitals und der Großagrarier zur Vertreibung des kapitalistischen Profits und zur Niederschlagung der Arbeiter.“

Wird die kommunistische Partei aus dieser Erkenntnis die Folgerungen ziehen und zusammen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Abwehrfront gegen die nackte Diktatur bilden helfen? Oder gedenkt die kommunistische Partei ebenso wie beim Volkseutrecht in Preußen Steigbügelhalter der Hitler und Hugenberg bei der Aufrichtung der Gewalt herrschaft des Schwerkapitals zu sein?

Hart auf hart

Berlin, 12. Oktober. (Eigener Bericht.)

Die am Dienstag beginnende Tagung des Reichstags ist der Anfang entscheidender Kämpfe. Die Tagung des deutschen Faschismus in Harzburg hat dafür gesorgt, daß die Fronten klar und deutlich erkennbar sind. In diesen Kämpfen wird es hart auf hart gehen. Es geht um die Demokratie, um das Recht des Volkes, es geht um das Recht aller Lohnarbeiter und Angestellten in Deutschland! Der Faschismus rüstet zum Angriff, es gilt, ihm eine geschlossene Front entgegenzusetzen.

In Harzburg sind die Vertreter der sozialen und politischen Reaktion zusammen gewesen. Sie haben eine Verschwörung gegen das deutsche Volk und seine Freiheit beschlossen. Ihre nächsten Forderungen halten sich nur noch scheinbar im Rahmen der Legalität. Sie weisen bereits darüber hinaus. Sie wollen jetzt Neuwahlen zum Reichstag, nicht weil sie auf eine Regierungsmehrheit rechnen, sondern auf eine Wiederkehr des jetzigen Reichstags, in der sie gemeinsam mit den Kommunisten den Parlamentarismus sabotieren können. Sie haben deutlich erklärt, daß ihr Ziel die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland nach dem Vorbilde Mussolinis ist. Sie wollen den faschistischen Staatsstreich. Sie haben sich offen als Verfassungsfeinde bekannt.

Ihr Angriff richtet sich in erster Linie gegen die Arbeiterschaft, darüber hinaus gegen das ganze Volk, soweit es nicht zu dem Kapitalismus rechnet. Sie wollen das Tarifrecht und die Sozialpolitik zerbrechen, sie wollen eine neue

gründliche Entzerrung aller Reichskapitalisten durch eine neue Inflation.

Die rheinisch-westfälischen Schwerindustrieellen und die ostelbischen Großagrarier haben eine Inflationsverschwörung gegen das deutsche Volk gebildet. Als ihr Wortführer ist in Harzburg der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht aufgetreten. Das ist ein Vorgang, der das ganze deutsche Volk aufhorchen ließ! Als die Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie dem Reichskanzler ihre inflationistischen Pläne vortrugen, stellte ihnen Brüning die Gegenfrage, was aus dem Sparen werden sollte? Die Vertreter der Schwerindustrie gaben darauf die klassische Antwort: Die müssen eben wieder von vorne anfangen!

Das ganze deutsche Volk hat entsetzt und gespott, seine Ersparnisse aber sind von den bankrotten Wirtschaftsführern zu einem guten Teile vernichtet worden. Es soll jetzt durch eine neue Inflation alles verlieren zugunsten der bankrotten Wirtschaftsführer. Und dann soll es wieder von vorn anfangen mit Hunger und Entbehrungen und neuem Sparen! Für wen? Für die Kapitalisten, die das Volk mit der faschistischen Diktatur bedrohen!

Herr Schacht hat im Interesse dieses Raubzuges in Harzburg eine verbrecherische Rede gegen die deutsche Währung, gegen den deutschen Kredit und gegen die deutsche Reichsbank gehalten. Er hat das verbrecherische Wort in die Welt geschleudert, daß die deutsche Reichsbank schon längst bankrott sei. Nicht die Reichsbank ist bankrott, es sind ganz andere, die bankrott gemacht haben. Es sind die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, die ohne Riesensubvention des Reiches nach dem Muster der Ruhrrentschädigung und ohne neue Inflation sich nicht mehr herausfinden können aus der kritischen Situation, in die sie sich selbst unter Mißbrauch der deutschen Kapitalbildung hineingekerkert haben, das sind die ostelbischen Großagrarier, die selbst die in die Hunderte Millionen gehenden Subventionen nicht zu einer Umstellung ihrer feudalen Wirtschaftsgewohnheiten bewegen konnten. Das sind die Interessenten eines neuen Inflationsraubzuges gegen das Volk! Das sind zugleich die Interessenten der brutalsten sozialen Reaktion, die nach neuer Lohnsenkung, nach Zerschlagung von Tarifrecht und Sozialpolitik schreien, das sind zugleich die Geldgeber der faschistischen Horben. Sie bilden zusammen den Hort der deutschen Kontre-Revolution!

Diese Front hat in Harzburg Fanfaren zum Kampf gegen die Arbeiterschaft gelassen. Dies Signal wird in der ganzen deutschen Arbeiterschaft verstanden. Die Kräfte der Arbeiterschaft sind am Werke, um der Front der Reaktion eine geschlossene Arbeiterfront entgegenzustellen. Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen sind am Montag morgen zu Beratungen über gemeinsame Abwehr zusammengetreten. Sie haben erklärt, daß ihre Besprechungen der Abwehr der Umsturzpläne der sich „nationale Opposition“ nennenden politischen und sozialen Reaktion gelten. Der Fanfare der Faschisten, antwortet der Kampf der Arbeiterschaft. Die vereinigten Gewerkschaften aller Richtungen sprechen im Namen der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Sie vertreten den Abwehrwillen der Arbeiterschaft gegenüber dem deutschen Faschismus. Sie sind entschlossen, den Kampf hart auf hart zu führen.

Damit sind die Fronten für die kommenden entscheidenden Kämpfe ganz klar herausgearbeitet. Eine erste Entscheidung in diesen Kämpfen wird in der jetzigen Tagung des Reichstages erfolgen. Das Ziel der vereinigten Reaktion ist, den Reichskanzler Brüning zu stürzen. Sie will ihn stürzen, weil er sich den Plänen, die auf eine neue Inflation und auf die Zerschlagung des Tarifrechtes hinauslaufen, nicht angeschlossen hat. Sie ist gegen ihn, damit ein Kabinett der Harzburger seine Nachfolge antreten kann. Sie will über seinen Sturz die preussische Exekutive in die Hand bekommen, um so dem Treiben ihrer Bürgerkriegsbanden freie Bahn zu verschaffen. Das Kabinett Brüning steht bei diesem Aufmarsch der großen Fronten zugeweiht gegen die Front von Harzburg, gegen den Prebiger der neuen Inflation, Dr. Schacht, wie gegen

die Schwerindustriellen, die den Augenblick zu einer Entschloßung gekommen glauben, die die deutschen Gewerkschaften gütlich zerschmettern soll.

Also ist die Taktik der Sozialdemokratischen Partei in dieser Kampfsituation gegeben. Die Kampffront der Gewerkschaften aller Richtungen muß erweitert werden. Der Versuch, durch einen Sturz der Regierung Brüning den Harzburgern Bahn frei zu machen, muß abgewehrt werden. Wir wissen nicht, wie der Kampf der beiden Fronten im Reich ausgehen wird. Aber in einem Augenblick wie dem jetzigen es hart auf hart geht, kann es für die deutsche Demokratie um der deutschen Arbeiterschaft willen nichts geben, als sich der Abwehrfront der Arbeitnehmer aller Richtungen anzuschließen.

Rücktritt des preussischen Finanzministers

Der preussische Finanzminister Dr. Schacht hat am Montagabend folgendes Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braunschweig

Berlin, den 12. Oktober

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Der Verlauf der heutigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der preussischen Koalitionsparteien hat mich überzeugt, daß ich auf die für meine Amtsführung erforderliche Unterstützung der Koalitionsparteien nicht mehr in reichendem Maße rechnen kann. Der Verlauf der heutigen Staatsministerkonferenz hat mir sodann gezeigt, daß zwischen den übrigen Herren Staatsministern und mir eine erforderliche Einmütigkeit nicht mehr besteht. Inwieweit mir nicht gelungen, diejenige Übereinstimmung zwischen den Koalitionsparteien und der preussischen Regierung herbeizuführen, die in der heutigen Zeit notwendig wäre. Da es mir unter solchen Umständen nicht möglich ist, mein Amt erfolgreich weiter zu verwalten, trete ich gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung von meinem Amte zurück.

Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, für das Wohlwollen, das Sie mir mehr als sechs Jahre bewiesen haben. Sie dürfen sich freuen, daß mir der Abschluß zum Rücktritt, der allein auf plötzlichen Meinungsverschiedenheiten beruht, sehr schwer wird, weil er mir die Möglichkeit nimmt, dem preussischen Staate wie bisher allen meinen Kräften zu dienen.

Mit der Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung verbleibe ich, Herr Ministerpräsident,

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener
Dr. Höpfer-Schöff.

Die Aufsteigungsmöglichkeiten in Preußen wieder hergestellt

Amtlich wird von preussischer Seite mitgeteilt:

In den Beförderungsordnungen des Reichs und der Länder fand sich bisher die Bestimmung, daß planmäßigen Beamten und Lehrpersonen, soweit sie auf Gehälter oder Gehälter mit Mindestgrundgehaltslagen bis zur Erreichung des Endgehalts ihrer Gruppe stets im Lauf von 2 Jahren in eine höhere Stufe ihrer Gehaltsaufstufung. Die preussische Notverordnung vom 12. September 1931 hat diesen Zustand im Rahmen der sonstigen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes geändert, daß diese Zweijahrespanne einmalig auf ein Jahr verlängert wurde, daß also praktisch ein Aufstieg der Beamten um zwei Jahre hinausgeschoben wurde. Diese Maßnahme wurde in begründeter Annahme vorgenommen, daß die Reichsregierung in ihrer Notverordnung eine für die Beamten gültige Bestimmung gleichen Inhalts treffen würde. Da die inzwischen veröffentlichte dritte Notverordnung des Reichspräsidenten jedoch diese Bestimmung nicht enthält, glaubt die preussische Staatsregierung, diese Regelung nicht recht halten zu können. Das preussische Staatsministerium beschloß in seiner Sitzung vom 12. Oktober die Aufhebung der Bestimmung des Reichspräsidenten und somit die preussischen Beamten bezug auf die Aufsteigerungsverhältnisse innerhalb der Gruppen der Reichsbeamten wieder gleichgestellt.

Ungeheuerlichkeiten der braunschweigischen Regierung

In Braunschweig werden — wie sich wieder herausgestellt hat — seit längerer Zeit Waffenscheine in Preußen wohnende SA-Leute ausgegeben. Unter anderem hat auch der berühmte hannoversche Sturmtruppenführer Korfemann von der braunschweigischen Polizei einen Waffenschein erhalten. Er hat zu diesem Zweck an seinen Freund Franzen gewandt, daß der hannoverschen Polizei ein Waffenschein nicht ausgeben würde.

PETER RISS
Ahlbad Amort
Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H., Hamburg-Bergstedt

27. Fortsetzung.

Da wendet sich der Hauptmann mit einem Rud an den Feldwebel, der mit hochrotem, verquollenem Gesicht noch vor uns steht. Seine Stimme ist hart und unerbittlich streng:

„Feldwebel, bringen Sie die Frau nach der Schreibkabinett!“
Der Feldwebel nickt in sich zusammen, schrampt fast zusammen vor diesem Befehl... es ist ein ungeheurer Befehl, hier, vor versammelter Mannschaft... aber der Hauptmann fährt mit schnellen, schneidenden Worten fort: „Und machen Sie mir heute noch eine eingehende schriftliche Meldung über die Zusammenhänge! Sorgen Sie für die Frau... ich werde mich erkundigen.“

Wie Müll hingen die Worte in mir nach. Wie eine leichte, alles heilende Hand legt es sich auf unsere tausendmal verwundeten, zerrissenen Herzen... mir ist, als blühten Rosen um mich her...

Und als der Spieß wie ein wütender Wapp, der hinter einem Maulkorb nicht zeigen kann, unglücklich noch stehen bleibt, als glaube er nicht an diesen demütigenden Befehl vor den „blöden und dreckigen Hammeln“, — er, der „allerhöchste Feldwebel“:

„Haben Sie mich denn nicht verstanden? Sie sollen die Frau fortbringen! Sie! Sie! Sie! Befehlen Sie mich nicht so lange! Sehen Sie denn nicht, daß die Frau krank ist?“

Schwerfällig und taumelnd vor Rut geht der Spieß nach der Treppe, trägt die leichte Last unter dem Arm an und bringt sie in die Kaserne hinein... ein seltsames Bild...

Jederleicht ist plötzlich mein Tornister... das Blut strömt mir wie feuriger Wein durch die Adern... ich möchte lachen

und weinen zu gleicher Zeit... ich möchte dem Hauptmann um den Hals fallen wie einem Vater: ... der Schinder wie Luft behandelt, der Spieß gedemütigt vor versammelter Mannschaft... diese beiden Menschenquälerei endlich einmal ihrer ganzen Schreckenhermacht beraubt... Himmel! Gibt es so etwas überhaupt noch? Oder träume ich? Ich, der ich noch vor knapp einer Stunde aus Verzweiflung fast zu einem Werd an einem dieser Scharten getrieben wurde? — In unbändiger Freude, die ich nicht hinausbrüllen kann in die Oede meines Rekrutenlebens, stürze ich Rüb mit dem Kolben auf den Fuß, und wie er schnauft und ich ihn ansehe, blide ich in ein über alle Maßen glückseliges, verpacktes Gesicht, wie ich es noch nie bei ihm sah — und aus seiner Kehle quillt ein Glucksen wie ein unterdrückter Jubelruf.

Und jetzt steht der Hauptmann wieder vor uns, ganz dicht vor Rüb und mir. Er steht uns sekundenlang an und ich kann nicht anders... ich lächle ihm frei und offen ins Gesicht und blide dann Rüb an, und auch Rüb lächelt ihn an. Und dann sehe ich, wie ein Leuchten im Gesicht des Hauptmanns ist, er weiß, warum wir lächeln und ist gar nicht böse darüber, seine Blide gleiten weiter an der Kompaniefront entlang, und überall begegnet er demselben frohen und befreiten Lächeln: die Kompanie dankt ihm mit lächelnden Gesichtern.

Es dauern nur Sekunden, dann kraxelt sich der Körper des Hauptmanns:

„Grenadiere der fünften Kompanie!“, wir zuden ohne Befehl zusammen, wir sind wie von einem fremden Wind durchweht und haben wieder alle die ersten gespannten Gesichter von Soldaten, rühren, rühren, steht bequeme. Ich habe euch einige Worte zum Abschied zu sagen. Ich weiß, wie jung ihr seid, — ich weiß, daß ihr oft an die Heimat und an eure Angehörigen denkt. Ich fühle mit euch; aber ein Befehl hat uns alle zusammen gerufen, — auch mich zu euch! Wir sind Soldaten und müssen diesem Befehl gehorchen. Der Krieg geht weiter, ihr wißt es. Ihr seid die letzten Rekruten, ihr werdet bald an die Front kommen und ich kann euch nicht sagen, wie sehr ich wünschte, daß ihr alle wieder in die Heimat zurückkommt. — Grenadiere der fünften Kompanie, Ihr sollt in den Maschinenengewehrtrupp, ihr sollt lernen, eine fürchterliche Waffe zu bedienen. Meine Gedanken werden euch nicht verlassen.“ Seine Stimme zittert plötzlich, er steht uns nicht mehr an, er blide auf die Erde und sein bleiches, schmales Gesicht zuckt: „Kameraden! Ich weiß, was der Krieg bedeutet. Er ist fürchterlich; ich möchte, er würde heute noch be-

endet.“ Er saßt plötzlich an die linke Brustseite, sein Gesicht schmerzverzerrt. Mir fällt ein, daß er im vorigen Jahr Verdun schwer verwundet wurde. Nun blide er wieder auf, steht uns mit dunklen umschatteten Augen an: „Lebt Grenadiere!“

Grüßend hebt er die Hand und zwingt sich zu einem Lächeln; aber es ist verunglückt und unwahrscheinlich, „Leben sehen wir uns wieder.“ Er schludert etwas, wendet sich hastig um und geht dann gebeugt auf sein Pferd zu, beständig mühsam, winkt noch einmal grüßend mit der Hand...

Wir sind wie benommen von den seltsamen Abschiedsworten dieses seltsamen Hauptmannes und vergessen fast, ihm das Wiedersehen, Herr Hauptmann!“ — nachzurufen. — Wir sind noch nicht fassen... es ist uns beinahe unheimlich, wir können noch nicht damit fertig werden, — soviel Weisheit ist beklammend, ängstigt uns mit Fremdheit... es ist einfach, daran zu glauben, wenn man wochenlang wie ein Handelt, getreten und gestochen wurde... es muß ein sein, etwas Böses, — wir schreien vor soviel Güte und Händnis zurück wie Kinder vor einem unbefannten, großen...
Rasch entschwindet das Klappern der Hufe: wir sind allein...

Blühten nicht Rosen auf diesem grauen Hof, in dieser In unserm entsetzlichen Elend? — Oh, bleibe bei uns, Hauptmann, Vater unserer achtzehnjährigen, hilflosen...
Aber mit dem letzten Hufschlag verfinstert die Fata Morgana mit einem Schläge sehe ich wieder schmerzhaft-deutlich die... von 1917:

Unglück sind unsere Gesichter... wir erwarten wieder brutalen, unmenschlichen Befehle unserer Schinder... stehen zusammengesunken unter der Last der Tornister... spüre wieder den fürchterlichen Hunger... die Schließheit grünnen uns wie böse Fragen an... wieder piden groß hungrige Spaken hoffnungslos im grauen Sand... ab geht der Posten... schwer hallen seine Schritte... und erbarmungslos klaffen die Tornisterrücken: nicht um uns in die Freiheit zu öffnen, — es ist das Tor, das in die heit führt — vielleicht in den Tod.

Teuflich grinst der Schinder und wiegt sich wieder sicher in den Hütten.

(Fortsetzung)

Warum die Opposition die Spaltung bekämpft

Von A. Gurland.

Der nachstehende Aufsatz ist von einem Genossen, der nach wie vor ein Gegner der Tolerierungspolitik ist. Wir bringen diesen Aufsatz um zu zeigen, wie verurteilenswert die Arbeit der Parteipalier gerade auch vom Standpunkt der Opposition in der Partei ist. (Red. d. Volkswacht.)

Der Versuch der Spaltung der Sozialdemokratie, wie er durch die Gründung der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ unternommen worden ist, kann jetzt schon als mißglückt bezeichnet werden. Die Spaltung ist in ihrer Masse ohne Unterschied von den verschiedenen Gruppen zur Partei und lehnt die Gründung einer „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ ab. Aber es sind nicht immer die besten Genossen, die die schwere Verantwortung für die Spaltung der Sozialdemokratie auf sich genommen haben, sondern es ist jenseitig schon um die Jugend, die auf einem Fernweg die politische Richtung gefolgt wird. Die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation ist auch viel zu schwer, als daß wir uns in die Spaltung einlassen könnten, der Abkehr eines Teiles der Parteigenossen von ihrer Organisation, auch wenn dieser Teil noch so klein ist, unbeteiligt zuzuschauen. Es ist unser aller Wunsch, die Genossen mögen den Weg zurückfinden zur Sozialdemokratischen Partei und zur Sozialistischen Arbeiter-Jugend, und noch sehnlicher wünschen wir, der Fehler von heute möge allen zu einer unermesslichen Lehre für die Zukunft werden.

Gerade deswegen ist es uns, die wir in Opposition stehen, am liebsten Kuss der Partei in der Gegenwart, und die wir mit den Genossen von gestern in manchen Situationen zusammengegangen sind, vorzuziehen. Wir haben unsere Stimme zu erheben gegen jeden Spaltungsversuch, und der Parteigenossenschaft zu zeigen, warum wir jede Spaltung und Zersplitterung der proletarischen Organisationen auf das Schärfste verurteilen und unerschütterlich bekämpfen. Grundlegend, nicht Augenblickserwägungen bestimmen unsere Haltung. Und unter diesen grundlegenden Erwägungen steht an erster Stelle die Überzeugung, daß die Beteiligung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Besten sein kann, daß die Selbstbestimmungsrechte der Arbeiterklasse der oberste organisatorische Gesichtspunkt für alle sozialistische, alle proletarische Bewegung zu sein hat. Nicht einzelne, nicht Gruppen und Sekten haben ihr Ziel, Weg und Methode proletarischer Politik zu bestimmen, sondern nur die Masse der Proletarier selbst, und die Masse fällt nach dem berühmten Marzischen Wort „nur in die Bagdiale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen leitet“. Nur im Rahmen der Organisation kann die Arbeiterklasse ihr Selbstbestimmungsrecht üben, über Politik und Taktik der Bewegung entscheiden.

Freilich gibt es eine Auffassung, die die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ablehnt, die vertritt, das revolutionäre Klassenbewußtsein müsse von außen in die Arbeitermassen hineingetragen werden, eine entschlossene Partei müsse sie führen und eine „kleine, aber reine Partei“ ihre Kämpfe organisieren. Doch wer als Marzist die demokratische Organisation des Proletariats für die einzig mögliche Grundlage des proletarischen Kampfes hält, wer die Grundsätze demokratischer Meinungs- und Willensbildung innerhalb der Arbeiterorganisationen verteidigt, wer eintritt für weitestgehende Parteifreiheit und in den heutigen Organisationen des Proletariats in zuwenig an demokratischem Aufbau zu bemängeln und zu kritisieren sich verpflichtet fühlt, kann jener Auffassung, die dem Aufbau der kommunistischen Parteien zugrunde liegt, nie und nirgends beipflichten. Das nämlich ist der Sinn einer Massenorganisation, daß die kämpfenden in ihr den besten Weg, die geeignetste Methode im Kampf um das sozialistische Ziel miteinander ringen, und nur aus diesem geistigen Ringen, nur aus der geistigen Auseinandersetzung der verschiedensten Richtungen, Strömungen und Auffassungen innerhalb der proletarischen Bewegung formt sich der Wille der Massen zur kämpferischen Tat.

Der geistige Kampf um das bessere Wissen, das die Massen „haben“, hat aber eine Organisation zur Voraussetzung, die die Massen zusammenfaßt; er ist nicht möglich ohne einen gemeinsamen organisatorischen Boden, von dem aus das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in demokratischer Meinungs- und Willensbildung umgesetzt werden muß. Wird dieser organisatorische Boden verlassen, die Arbeiterklasse organisatorisch zersplittert und aus einer einheitlichen Organisation eine Vielzahl von Organisationen geschaffen, so verwandelt sich das Ringen um Weg und Taktik in einen organisatorischen Kampf, in dem nicht erfohlen können und dürfen einander gegenüberstehen, sondern gegnerische Organisationen einen Vernichtungskampf auf Leben und Tod miteinander führen; die Kraft der getrennt Marzischerenben ist nicht fruchtbar gemacht, indem sie vereint schlagen, sondern wird aufgerieben in selbstmörderischem Bruderkrieg. Und es ist ja nicht verschiedene Klassen, nicht verschiedene Gesellschaftsklassen, deren besondere Interessen hier das Vorhandensein verschiedener Organisationen erforderten; hüben wie drüben stehen angehörige der gleichen Klasse, jede Organisation, die durch Spaltung aus dem einheitlichen Organismus der Bewegung herausgegriffen ist, muß ihren Lebensstrom aus dem gleichen Quell speisen, ein und dasselbe ist das Kräftefeld, in dem alle Organisationen, die die Spaltung in einander bestehende gegnerische Lager zerstreut hat. Um die gleichen Menschen muß ringen werden, und jede von den gespaltenen Organisationen kann nur groß werden, wenn sie der anderen die Mitglieder absperrt. Nicht mehr ausschließlich gegen den früheren gemeinsamen Feind wird gekämpft, sondern, ob man will oder nicht — und man mag dabei noch so sehr auf anständigen Ton und kameradschaftliche Formen halten, kämpft man gegeneinander, umt man einander gegenseitig die Anhänger weg und vertieft durch einen erbitterten Krieg untereinander mit jedem Tag die Fortbestehens der Spaltung die Kluft, die sich zwischen den Parteigenossen von gestern — ursprünglich gar nicht unüberbrückbar — aufgetan hat.

Dies ist das Gesetz jeder Spaltung im Proletariat. Und es ist ein anderes kommt hinzu. Wie sind die Grenzen zwischen einzelnen Richtungen und Strömungen starr unüberbrückbar im Rahmen einer einheitlichen Organisation. Gerade wer daran glaubt, daß die Tatsachen, daß die Lehren der geschichtlichen Entwicklung auf die Dauer seiner Auffassung Recht geben müssen und werden, rechnet damit, daß jene Grenzen ineinanderfließen und sich verschieben müssen, daß keine Richtung, die heute in der Mehrheit ist, morgen oder übermorgen die Mehrheit der Bewegung wird für sich gewinnen können. Das wieder ist nur möglich im Rahmen einer einheitlichen Organisation. Mit der Spaltung der Organisation verwandelt sich die beweglichen und verschiebbaren Grenzen zwischen Richtungen in unzerstörbare Mauern, die die Anhänger der neuen von denen der alten Organisation trennen. Mit der Ausrüstung dieser Mauern erstarrt aber die Ideologie, die innerhalb ihrer vertreten wird, zu einem Dogma, und es wird zum Gebot der Selbsterhaltung in jeder Organisation, an Lehren, Grundfragen, Theorien festzuhalten und den Preis, auch wenn die Entwicklung sich längst über sie hinweggesetzt hat. Geistiges Ringen, geistiger Kontakt verschiedener Strömungen und Auffassungen im Rahmen einer einheitlichen Organisation fördert geistige Beweglichkeit, ermöglicht die Empfänglichkeit der Mitglieder für neue revolutionäre Gedanken, ermöglicht die Bewußtseinsklärung, die geistige Vorwärtsentwicklung der Anhänger der Bewegung; organisatorische Spaltung zerstört die Möglichkeiten gegenseitiger geistiger Bewußtseinsklärung und Befruchtung, hemmt die Revolutionierung des Bewußtseins, stützt allenthalben das konservative Element, das in der Erhaltung der Organisation willen in den Vordergrund tritt. Es gibt kein fruchtbareres Ergebnis einer wirklichen Revolutionierung der Arbeiterbewegung als ihre organisatorische Spaltung.

Wer die Berechtigung oder Unvermeidbarkeit der Spaltung in dem Ueberhandnehmen eines konservativen Apparates erblickt, macht die konservative Erstarrung und Verkümmern

zum Schicksal der proletarischen Organisation, denn er zerlegt die Bande des geistigen Aufeinanderwirkens, die das einzige Abwehrmittel sind gegen geistige Uniformierung und Verdrängung der Bewegung. Die sozialistische Bewegung kann nicht wirken und kann sich nicht entfalten ohne eine lebendige, kritische, vorwärtstreibende Opposition. Jede Spaltung aber zerlegt den Wirkungsraum einer fruchtbareren Opposition in beiden, nimmere getrennten Lagern und fördert die fektierische, kostenartige Abkapselung auf beiden Seiten. Kein Beispiel ist so abschreckend wie das Schicksal der zur Kasse verkehrten kommunistischen Organisation.

Eine Richtung, die davon durchdrungen ist, daß ihr innerhalb der Arbeiterbewegung die Zukunft gehört, weiß, daß die Entwicklung für sie nicht gegen sie arbeitet, begehrt politischen Selbstmord, wenn sie sich losrennt gerade von jenem Teil der Anhänger der Gesamtbewegung, den zu überzeugen, aufzuklären, zu gewinnen ihr als ihre eigentliche geschichtliche Sendung erscheint. Wer an die Berechtigung seiner geschichtlichen Mission nicht glaubt, wer an Triumph seiner Ideen und Auffassungen zweifelt, wer glaubt, daß die Entwicklung, je weiter sie fortschreitet, ihn um so mehr von seinem Ziele entfernt, mag spalten und in der Spaltung den letzten Rettungsanker sehen. Aber das gerade macht doch den Inhalt einer marxistischen Opposition innerhalb der Arbeiterbewegung aus, daß sie nach dem Marzischen Worte in der Gegenwart die Zukunft der Bewegung vertritt; daß sie sich ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt ist, die Erweckung des proletarischen Klassenbewußtseins, die von der kapitalistischen Entwicklung in immer größerem Maße erzwungen wird, zu fördern, die Bewußtseinsbildung des Proletariats zu erleichtern auf einem Boden gerade, der nach ihrer Auffassung durch die Zuspitzung der Klassengegensätze und die Verschärfung des Klassenkampfes immer ausnahmefähiger wird für die Saat der sozialistischen Idee.

Dies Bewußtsein gibt jeder revolutionären Opposition im Proletariat die Gewißheit, daß sie als Siegerin hervorgehen wird im Kampf um die Seele der proletarischen Massen. Eine Opposition jedoch, die diese Gewißheit unerschütterlich in sich trägt, wird sich nie scheuen lassen durch vorübergehende Mißerfolge, durch irgendwelche Erschwerung ihrer agitatorischen Wirksamkeit innerhalb der Organisation; sie wird auch durch kein Diktat der Parteinstanzen und durch keinen Druck des Organisationsapparates dazu zu bringen sein, den organisatorischen Boden der Bewegung zu verlassen, der sie mit den Proletariermassen verbindet. Tut sie das, so hat sie keinen Glauben an den Endzweck ihrer Idee, so begeht sie Selbstmord aus Angst vor dem Tode.

Und weil die marxistische Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie um den notwendigen Endzweck ihrer Ideen, Auffassungen, Forderungen weiß, hat sie weger Angst vor dem Tod noch fürchtet sie sich vor dem konservativen Gewicht des Apparates. Deswegen sieht sie in der Gründung der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ einen Akt kleinmütiger Unsicherheit und mangelnden Selbstvertrauens. Deswegen bekämpft sie grundsätzlich jede Spaltung der proletarischen Organisation.

Die Spalter versuchen weiter zu stehlen

Magdeburg, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Im Wahlkreisverband Magdeburg-Anhalt der S.P.D. haben sich nur verschwindende Spuren der Spaltung gezeigt. Das hat die Spalter zu verzweifelteren Versuchen veranlaßt, sich mit Gewalt und auf unrechtmäßige Weise durchzusetzen. Dafür ist ein Vorfall in der anhaltischen Stadt Zerbst kennzeichnend.

Von etwa 90 Mitgliedern der Arbeiterjugend in Zerbst sind drei ausgeschlossene Spalter 20 Mitglieder gefolgt. Sie versuchten sofort, sich den für ein geplantes Jugendheim angekauften Fonds von einigen Tausend Mark anzueignen, nachdem sich einer von ihnen durch telephonischen Anruf bei Sedewitz erkundigt hatte, ob sie das tun dürften. Sedewitz hat erklärt, die 20 Abgeplitterten seien berechtigt, sich das Eigentum der gesamten Jugend anzueignen. Der Diebstahl wurde vereitelt. Die Absicht der Spaltbüberei hat lebhaft Empörung ausgelöst.

Heute beginnt der Reichstag

Abänderungsantrag der Bayerischen Volkspartei zu der Notverordnung

Der Reichstag, der am Dienstagnachmittag um 3 Uhr zusammentritt, wird sich nach der Rede des Reichskanzlers auf Mittwoch 12 Uhr vertagen. In der Debatte über die Regierungserklärung können nach den Beschlüssen des Reichstages von jeder Fraktion je drei Redner eine Stunde sprechen. Sämtliche auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik gestellten Anträge werden mit der Aussprache verbunden. Ob die Aussprache am Freitag beendet werden kann, ist noch nicht zu übersehen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Montag einen ausführlichen Bericht des Reichskanzlers über Ursachen des Rücktritts seiner ersten Regierung und über die politische Lage entgegen.

Die Bayerische Volkspartei hat im Reichstag mehrere Abänderungsanträge zu der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten eingebracht. Die durch die Vorschläge entstehenden Neuaufwendungen des Reichs sollen aus den Münzgewinnen und aus den Reparationserparnissen gedeckt werden.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten

Hannover, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die hannoversche Polizei nahm am Montag in dem Büro der kommunistischen Partei und bei etwa fünfzehn kommunistischen Funktionären eine Hausdurchsuchung vor. Sie fandete nach illegalen Druckschriften. Es wurden ganze Stöße illegaler Druckschriften und zum Teil auch Stroh, Stroh und Schußwaffen aller Art gefunden. In dem Büro des Führers der kommunistischen Terrorgruppe Hannover, des Landtagsabgeordneten Ledemann, wurde außer einem Revolver sehr viel Munition gefunden, über die Ledemann angeblich keinerlei Angaben machen kann. Etwa dreißig Funktionäre der S.P.D. wurden verhaftet. Sie werden am Dienstag dem Schnellrichter zugeführt.

Neue badische Notverordnung

Karlsruhe, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Unter dem Titel „Haushalt-Notverordnung“ hat die badische Regierung am Montag eine neue Notverordnung veröffentlicht, die im „Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt“ nicht weniger als 26 Seiten und 66 Artikel umfaßt.

Die Notverordnung greift in alle Gebiete der Staatsverwaltung ein. Für die Ministerien und Gemeindeverwaltungen werden umfangreiche Reformen durchgeführt. Die Einsparungen von etwa 9 Millionen Mark ermöglichen. Es wird ferner bestimmt, daß Aufwendungen und Beförderungen grundsätzlich bestehen bleiben, ihre finanzielle Auswertung aber erst in einem Jahre in Kraft tritt. Die Dienstalterszulagen werden auf zwei Jahre gesperrt, die Besoldungsgeldzulagen werden bis zum 1. April 1932 um ein Drittel gekürzt, die Pensionen von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt. Auf diese Weise sollen 2 Millionen gespart werden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates sollen zu besonderen Leistungen in Höhe von 600 000 Mark herangezogen werden. Durch die Riander Ausgaben für die Gemeinden infolge der Reichszulagen werden 2,2 Millionen gespart. Der Staatszuschuß an die Kirche wird um 150 000 Mark gekürzt. Die Gemeinden er-

halten das Recht, Anstellungsverträge innerhalb sechs Monaten zu kündigen. Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte wird auf 100 Mark Streitwert erhöht (bisher 60 Mark).

Auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung werden ebenfalls einschneidende Bestimmungen getroffen. So wird die Amtsbaue der Bürgermeister allgemein bis 1. Mai 1933 verlängert. Ihre Befugnisse werden erweitert und vergrößert. Die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten sollen jenen der Staatsbeamten angeglichen werden. Die Gemeinde-Grundbuchämter werden vom Staat übernommen. Die Gehälter der Richterinnen werden um 10 Prozent gekürzt werden. Das Unterrichtsministerium wird ermächtigt, bei den Hochschulen und Theatern die Bezüge, Kollegialer, Kollegialer-Garantien und Vergütungen für Lehraufträge zu kürzen. Die Nebenentlöhne der im Ruhestand befindlichen Beamten werden zur Hälfte auf das Ruhegehalt angerechnet, wenn diese Einkünfte jährlich 1000 Mark übersteigen.

USA. und Völkerbund Hand in Hand

In der Frage des Sinesisch-japanischen Konflikts Paris, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Vor seiner Abreise nach Genf erklärte Briand auf die Frage, ob er auf die schnelle Beilegung des japanisch-sinesischen Konflikts hoffe: „Eine solche Lösung ist notwendig. Man muß einem bedrohlichen Konflikt, der, wenn er sich in die Länge zieht, ernste Folgen haben würde, ein Ende machen. Was die zu ergreifenden Maßnahmen anbetrifft, so wurde ich sie am Dienstag mit meinen Kollegen vom Völkerbund prüfen. Die Hauptsache ist, daß schnell gehandelt wird.“

Genf, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Stellung des Völkerbundes in dem Konflikt in der Mandchurei durch eine Botschaft energig gestärkt, in der die bisherige Art des Vorgehens in dem Sinesisch-japanischen Streit anerkannt und unterstützt wird.

Da die beiden Regierungen, so schließt die Botschaft an den Rat, gegenüber dem Völkerbundsrat Verpflichtungen eingegangen sind, ist es in hohem Maße wünschenswert, daß der Völkerbund in keiner Weise in seiner Wachsamkeit nachläßt und in keiner Art versetzt, jeden Druck auszuüben und seine ganze Autorität einzusetzen für die Regelung der Maßnahmen, die Japan und China werden ergreifen müssen. Die amerikanische Regierung wird ihrerseits unabhängig auf diplomatischem Wege das Vorgehen des Völkerbundes verstärken und klar manifestieren, daß sie nicht uninteressiert ist an dieser Frage und die Verpflichtungen nicht aus dem Wege lassen wird, die Japan und China gegenüber den anderen Unterzeichnern des Kellogg-Paktes und des Paktes der neun Mächte auf sich genommen haben, wenn der Augenblick kommen sollte, an dem es notwendig sein werde, diese Verpflichtungen anzuwenden. Amerika hat zugleich die Entscheidung einer Kommission in das Kampfgebiet mitgeteilt.

Und die Japaner besetzen weiter

Genf, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

China meldet weitere Ausdehnungen der japanischen Militäroperationen auch ins Innere des Landes. In Tsingtau wurden chinesische Regierungsbeamte vertrieben und die Archive beschlagnahmt. Außer Mukden und Kirin sind noch fünf Städte von Japanern besetzt worden. In der Nähe von Kiautschau mußten chinesische Arbeiter zwangsweise einen Flugplatz für Japaner anlegen. Außerdem haben japanische Truppen verschiedene Eisenbahnstrecken nach dem Norden zerstört und die entsprechenden Bahnhöfe durch Minengürtel unzugänglich gemacht.

Eine englische Mitteilung vom 9. Oktober bekräftigt die Besetzung von Städten im Westen und Norden von Mukden, ebenso die künftigen Operationen der Japaner mit Panzerzügen auf 41 Meilen Distanz südlich der Linie Mukden-Hailun und westlich der Linie Supingtai-Tungliau.

Japans Antwort an den Völkerbund

London, 13. Oktober.

„Times“ meldet aus Tokio: Die japanische Antwort an den Völkerbund, die gestern nachmittags abgehandelt worden ist, enthält einen Satz, der der japanischen Antwort an die Nanjing-Regierung entnommen ist, und in dem die japanische Auffassung über die Räumung des Gebietes außerhalb der Eisenbahnzone dargelegt wird. Außenminister Baron Shidehara erklärt darin, das dringende Erfordernis des Augenblicks sei die Zusammenarbeit der beiden Regierungen zur Beruhigung der Gemüter an Ort und Stelle, damit die Zurückziehung der Truppen durchgeführt werden könne, ohne daß Leben und Eigentum von Japanern gefährdet werde. Japan schlage deshalb vor, daß man sich über mehrere Grundprinzipien einig, die die Basis für die Wiederherstellung normaler Beziehungen bilden würden. Es sei bereit, die Verhandlungen zu beginnen. Ueber die Natur der Grundprinzipien wird nichts gesagt. Aber amtliche Stellen wiederholen, daß Japan keine neuen Vorrechte in der Mandchurei erstrebt. Die Hauptfrage der japanischen Regierung ist gegenwärtig, daß der Völkerbund die Chinesen ermutigen könnte, sich lieber auf eine Intervention von außen her zu verlassen, als direkt zu verhandeln. Von amtlichen Stellen wird betont, daß die Nichtanerkennung der Regierung Tchangshueing durch den japanischen Oberbefehlshaber General Honjo den persönlichen Standpunkt des Generals und nicht aber den der japanischen Regierung wiedergebe. Letztere habe zu dieser Frage sich noch nicht geäußert.

China droht mit Krieg, falls der Völkerbund versagt

Nanjing, 12. Oktober. (Reuter.)

Der Präsident der chinesischen Nationalregierung, Tchangshueing, hat auf einer Versammlung in Nanjing erklärt, daß China zum Krieg schreiten werde, wenn es dem Völkerbund und den Unterzeichnern des Kellogg-Paktes nicht gelingen werde, ihre Vermittleraufgabe im Sinesisch-japanischen Konflikt zu erfüllen.

Genf, 12. Oktober.

Gesandter von Mutius, der Deutschland im Völkerbundsrat vertritt, ist heute abend in Genf eingetroffen.

Der englische Außenminister Lord Reading hatte im Laufe des Tages eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Völkerbundes. Wie verlautet, hat auch eine Fühlungnahme zwischen Lord Reading und dem Vertreter Japans, Yoshikawa, stattgefunden.

Am Dienstag vormittag 10 Uhr 30 beginnen die Verhandlungen über den Sinesisch-japanischen Konflikt mit einer geheimen Sitzung der Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans beim Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond.

Paris, 12. Oktober.

Außenminister Briand hat, wie vorgehen, heute vormittag in Begleitung seines Ratschefs Leger Paris verlassen, um sich zur außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrats nach Genf zu begeben.

Grandi am 25. Oktober in Berlin

Der italienische Außenminister Grandi begibt sich am 25. d. Mts. nach Berlin, um den im vergangenen Sommer von den deutschen Ministern in Rom abgestimmten Besuch zu erwidern. Das Datum des Besuchs war bereits früher festgelegt worden.

Keine Abspaltung in den Landkreisen Breslau, Neumarkt und Nimptsch

Am Sonnabend abend fand im Gewerkschaftshaus die erste Sitzung des erweiterten Parteivorstandes für den Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch nach der Gründung der Spalterpartei statt. Aus fast sämtlichen Ortsgruppen waren insgesamt 71 Delegierte erschienen, um in gemeinsamer Aussprache zu den Vorgängen der letzten Wochen Stellung zu nehmen.

Genosse Kleinert eröffnete die Sitzung und erklärte, daß angesichts der veränderten Verhältnisse eine Zusammenkunft des Vorstandes notwendig geworden sei, obwohl der Spaltplatz im Unterbezirk bisher nirgends Wurzel geschlagen habe. Danach ergriß Genosse Breithorst das Wort zu eingehenden Ausführungen über Entstehen und Wesen der Abspaltungsbewegung. Er gab einen knappen Überblick über die innerpolitische Entwicklung Deutschlands seit 1918 und schilderte die taktische Haltung der Partei in den Kämpfen der Jahre seit der Staatsumwälzung und beschäftigte sich mit der Breslauer Parteiorganisation sowie der Abwanderung zur Eisengruppe.

Zu Beginn der Diskussion teilte Genosse Kleinert unter Beifall der Anwesenden mit, daß eine Reihe von Ortsgruppen (Zindel, Borne, Klein-Sägewitz, Brodau, Klettendorf, Senig, Nimsau, Sacrau, Groß-Wilkau, Kausse, Hünern, Heibersdorf, Schottwitz, Langenöls, Weidenhof) in Entschliessungen ihre unverbrüchliche Treue zum Ausdruck gegeben hätten. Genosse Schiffer berichtete, daß der Funktionärskörper in allen drei Kreisen keinerlei Schädigungen erlitten habe. Den Spaltern sei es nicht gelungen, irgendwo Boden zu gewinnen. Genosse Witt-Nimptsch wies auf die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Aufklärung unter der Landbevölkerung hin, während Genosse Dr. Korn-Steine mit aller wünschenswerten Deutlichkeit betonte, daß die Nachenschaften der Abspalter in den Ortsgruppen der Arbeitgemeinschaft Nord-Ost auf eifrige Ablehnung stoßen würden. Die Breslauer Opposition habe den Sinn der Opposition gründlich verkannt. In ähnlichem Sinne wie die bereits erwähnten Debatteredner äußerten sich die Genossen Hornig, Maserwitz und Jelit-Gorkau. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Die gesamte Parteigenossenschaft des Unterbezirks Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch nimmt mit Entrüstung von den Vorgängen Kenntnis, die durch die gewissenlosen Parteispalter um Rosenfeld, Segehwitz, Edstein, Ziegler, entfacht wurde.

Die Funktionäre des Unterbezirks erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie mit diesen Parteispaltern nichts gemein haben wollen und alles tun werden, um den Spaltern, wenn diese aufs flache Land kommen sollten, das Handwerk zu legen. In der schwersten Stunde des Proletariats, wo die Einheit und Geschlossenheit die dringendste Notwendigkeit ist, haben die Verräter in der Arbeiterpartei zur Freude der reaktionären Bevölkerungsschichten das Proletariat gespalten.

Die Parteigenossenschaft auf dem Lande steht einig und geschlossen hinter der alten kumprobierten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir versichern dem Partei- und Bezirksvorstand unsere Treue und geloben, daß wir auch weiterhin gegen die Feinde der deutschen Arbeiterschaft, wo sie auch zu

Die Stimme des Gegners

Der SAJ zur Beachtung empfohlen.

Mit diesem Zerfall der SPD ist die NSDAP in Breslau zur härtesten Partei geworden, das muß nun auch jeder Sozialdemokrat mit gemischten Gefühlen bekennen. Damit aber diese Vormachtstellung für die Zukunft unter allen Umständen ausgebaut werden kann, muß jeder Nationalsozialist mit allen seinen Kräften für den Nationalsozialismus werben.
(„Nat.-Soz. Schl. Beobachter.“)

treffen sehr mögen, kämpfen werden. Der Funktionärskörper des Unterbezirks Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch fordert von allen Mitgliedern des Unterbezirks restlose Pflichterfüllung im Kampfe um den Sozialismus. Deshalb nieder mit den Parteispaltern!

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Sobald beschäftigt sich die Vorstandsbildung mit organisatorischen Angelegenheiten. Genosse Schiffer hat um baldige Abrechnung und warnte davor, den Spaltern Einbild im Mitgliederlisten zu gemäßen. Ferner machte er auf die Sitzung, den 18. Oktober, nach Neumarkt einberufene Konferenz aufmerksam. Genosse Dr. Korn berichtete über die Ausgestaltung der diesjährigen Revolutionsfeiern in den Ortsgruppen seiner Arbeitgemeinschaft.

Von verschiedenen Seiten wurde mit Entrüstung auf das Verhalten des früheren Genossen Hannad hingewiesen, der bei der Bergleier-Buchverammlung die kühne Behauptung aufgestellt hat, daß die Organisation im Landkreise Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch seit der Spalterpartei keine Einheit mehr fest, daß Hannad von niemandem eine Ermächtigung zu denartigen Erklärungen erhalten habe. Hannads prohablerische Redereien seien nichts als demagogische Lügen.

Ein begeistertes Hoch auf die Sozialdemokratie beendete den Zusammenkunft des erweiterten Vorstandes, nachdem Genosse Kleinert den Delegierten für ihre Teilnahme gedankt hatte.

Amthlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Mitteleuropa befindet sich noch immer im Bereiche abnehmender Luftmassen. Die atlantischen Störungen greifen vorläufig noch nicht unmittelbar auf den Festland über. Nur stellt sich zeitweise aufsteigendes Südwind ein, so daß die Abkühlung die Tagestemperaturen etwas anheben. Besonders in den Morgenstunden kommt es stellenweise noch immer zu Nebelbildung, und die Nächte bleiben verhältnismäßig kühl.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei südlichen Winden stellenweise noch Morgennebel, nach kühler tagsüber aufhellendes, wärmeres Wetter.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Früher Süd, nach vorwiegend heiter und trocken, mild.

Sonnenaufgang: 6,20 Uhr; Sonnenuntergang: 17,12 Uhr.

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Breslau.

Am Sonnabend, 10. Oktober, 5 15 Uhr, verstarb unser Freund u. Verbandskollege, der **Goldschläger**

Adolf Binnowsky

im Alter von 74 Jahren. 3846

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, 13.30 Uhr, vom Bernhardin-Friedhof in Dürrgoy.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 9. Oktober verstarb unser Verbandskollege, der **Passionär**

Ernst Mülter

im Alter von 56 Jahren

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zimpeler Friedhofe.

Zurückgekehrt Dr. William Boss

Zimmerstraße 4a 10325

Spezialarzt für Chirurgie, Nieren- und Blasenleiden

GEBURTS- VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES- ANZEIGEN

liefert schnell die

Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 6.

Handelshilfsarbeiter

im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.

Mittwoch, den 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17.

Tagesordnung:

1. Der gefälligte Lohnvertrag und Bericht über die Verhandlungen.

2. Freie Aussprache.

Mitgliedsbuch ist als Ausweis der Saalkontrolle vorzulegen!

Die Abteilungsleitung (Handelsgewerbe)

J. U.: Rosig. 3877

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54

Heute **Ball** • Herren u. Damen engagiert!

Leibhaus Grünstraße 9

3 Min. v. Hauptbahnhof

Ein billiges Angebot
geb., statt 3.- Mk. nur Mk. **1.-**

Nachtmahr

von Hanns Heinz Ewers
Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 / Flurstr. 4

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Friedrich Engels
Mit 1 Bild. 98 Pfennige.
Buchhandlungen Volkswacht.

Geld

borgt auf Plaster

Leibhaus Grünstraße 9

3 Min. v. Hauptbahnhof

Deckbetten

Inlett

15.-, 20.-, 25.- u. 35.- Mk.

Rücken 5.-, 6.- u. 7.50 Mk.

Leibhaus Delsnerstr. 121.

Urania

12 Monatshefte

und 4 Bücher

Der proletarische

Rosmos

So besorgt durch die Geschäftsstelle

3 Zeitung u. die Zeitungsblätter.

ATLANTIK

Gräbschener Straße 74 Tel. 58508

Von Dienstag bis Donnerstag 3 Tage

Früh Korkner in dem Millionenfilm

Danton

Das gewaltige Schicksal eines großen Revolutionärs

Dazu: Beiprogramm — Bühnenschau

Volkstümliche Arztkunde

Jeder Band nur Mk. 2.-

Dr. Bieling: **Hellung von Magen- und Darmkrankheiten.**

Dr. Hoppe: **Krampfader und Hämorrhoiden.**

Dr. Hoppe: **Hellung von Rheuma u. Gicht.**

Dr. Hoppe: **Sexualleiden.**

Dr. Hoppe: **Ueberwindung der Wechseljahre.**

Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Arterienverkalkung.**

Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Korpulenz.**

Zu haben in den

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 :: Flurstraße 4-6.

Bohrungen

Tausche

11. 2 fenst. Zimmer, 1 feines Küche, Zehnteile 18.-, 2 groß. Wohn. Off. u. B. 100, d. Geschäftsstr. d. 3tg. Stun.

Kleine Anzeigen

And tropfend gelebte einjährige Anzeigen von Verkauft, Kaufgeboten u. a. nur von Privat. Wort 3 Pfennige, — seit 4 Pfennige.

Klavier (schwarz) wie neu, preisgünstig, preisw. 3. u. 2. Hofmann, Schweitzerstr. 17.

Weg. Umzug Kleiderstühle, Stühle, vieles andere, billig zu verk. Giebelhofenstr. 12, 3. Etage, rechts.

Ein Irrtum

ist es, wenn Sie annehmen die kleine Anzeige

habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Pressen Erfolg

257 Offerten

gingen im April 1931

in eine kleine Anzeige

in der Volkswacht

ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist

Ihr Vorteil!

Der Baumarkt

BAUHÜTTE BRESLAU



GEMEINWIRTSCHAFTLICHES
GROSSBAUUNTERNEHMEN

Schindler & Co.

Hoch- und Tiefbau
Breslau 5, Tel. 26808

Buchdruckerei Volkswacht

liefert moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6, Tel. 21737 u. 21739

Breslauer Heizungs- u. Installations-Gesellschaft E.G. m. B.

Ausführung von Zentralheizungen, Sanitären Anlagen jeder Art, Warmwasserbereitungen, Be- u. Entwässerungen Gasleitungen, Kupferleitungen, Kanalisations- u. Wasserförderungs-Anlagen. — Reparaturen aller Art
Breslau 2, Hubenstraße 39, Tel. 31226

Albert Kirchmann

Bauglaserei und Bildereinarbeitung.

BRESLAU 8 / Vorwerkstraße 46
Tel. Nr. 55264 / Postscheck 27283

WALTER ELLERMANN

Ingenieur-Büro

BRESLAU 23 Steinstraße 121 b

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen

Fernsprecher 397 88



Marmor
Kunststein
Terrazzo
Steinholz

David & Schubert

Breslau 10 / Fernruf 43344

Telegramm-Adresse: Daschu

Dauerbrandöfen

Beier & Olowinsky

Herrenstraße 31

Kohlenherde

Breslauer Nachrichten

Distriktsversammlungen

der SPD.

Dienstag, den 13. Oktober:

Thema: „Die letzten Vorgänge in der Partei“

- 1: Schillerstr. 34, Redner: Gen. Herrmann.
7: Stephan, Schwerstr. 9, Redner: Gen. Lippmann.
10: Hante, Leuthenstr. 34, Redner: Gen. Fuhrmeister.
14: Mally, Westendstr. 34, Redner: Genosse Blanz.
20: Scholz, Tschelner Straße, Ecke Binzengstraße, Redner: Genosse Müller.
21: Wiegorek, Bartischstr. 6, Redner: Gen. S. Löbe.
30: Schmidt, Hubenstr. 50, Redner: Genosse Geißler, 19,30 Uhr.
34: Kluge, Al. Groshengasse, Redner: Genosse Lisch.
38: Scharfe, Ede, Rheidiger-, Ede Viktoriast. Redner: Genosse Klar.
56: Witte, Zimpeler Straße, Redner: Genosse Voigt.
52: Dwiehlo, Rosenthal, Redner: Genosse Schiffer.

Ohne Vorweisung und Abgabe des Mitgliedsbuches kein Einlaß in die Versammlung gewährt. Mitgliedsbücher werden zur Kontrolle eingezogen.

Ueberfüllte Distriktsversammlungen

Von allen Seiten gehen uns heute morgen Nachrichten über gestern stattgefundenen Distriktsversammlungen zu, die durch einen Besuch aufwiesen, wie er seit Jahren nicht zu verzeichnen war. Der größte Teil der Versammlungen war so überfüllt, daß die Teilnehmer kaum Platz fanden. Da heute noch eine Reihe von Versammlungen stattfinden und wir uns erst einen Überblick verschaffen wollen, werden wir erst morgen ausführlicher auf den Erfolg dieser Versammlungen zu sprechen kommen.

Eine Antwort an die KPD.

Auf eine Einladung der KPD, zu einer Auseinandersetzung mit führenden Genossen unserer Partei wurde mit folgendem Schreiben, dem wir nichts hinzuzufügen haben, geantwortet:

Breslau, den 12. Oktober 1931.

An die Bezirksleitung der KPD, 8. Hd. Herrn Ernst Wollweber, W. d. L. Breslau, Oberstraße 23, I.

Wir gelangten in den Besitz Ihres Einschreibens vom 10. Oktober betr. Einladung zu Ihrer öffentlichen Versammlung Dienstag, dem 13. Oktober und teilen Ihnen dazu mit, daß dieser Einladung nicht Folge leisten werden, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ganz abgesehen davon, daß der Unterzeichnete am morgigen Tag in einer Versammlung in Waldenburg anwesend sein muß, nicht mehr abgesetzt werden kann, sehen wir keine Möglichkeit, Ihrer Partei auch in Gemeinschaft mit der SPD, eine Heilsfront des Proletariats herzustellen.

Auch wir sind mit Ihnen der Meinung, daß die jetzige Lage für das Proletariat schwerste Gefahren in sich birgt, und, daß eine einige Arbeiterklasse zur Abwehr dieser Gefahren eher imstande wäre, als eine zerplündernde Arbeiterfront. Wir sind sogar der Meinung, daß die Zerplünderung der Arbeiterfronte überhaupt die heutige Situation erst ermöglicht hat. In dieser unglückseligen Tatsache aber trägt Ihre Partei Hauptschuld, indem sie in den Nachkriegsjahren nicht allein politische, sondern in letzter Zeit auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gespalten hat. Diese, den Interessen der Arbeiterklasse abträgliche Arbeit haben Sie in alle Richtungen hineingetragen und damit den Grund gelegt, zur heutigen Dummheit des Proletariats und der Macht der Unternehmerklasse!

Außerdem lehren uns die Tatsachen, daß Ihr Ruf nach „Einheitsfront“ noch nie ehrlich gemeint war, sondern noch zu politischen Geschäften mißbraucht wurde und zur „Enttarnung“ der SPD.

Die Erfahrung hat weiter gelehrt, daß Sie einem Redner der SPD, gar keine Stunde Redezeit verschaffen können, da er von den ersten Sätzen niedergebrellt wird und von einem richtigen Lauf der Versammlung keine Rede sein kann.

Wir müssen Ihnen auch das Recht absprechen, im Auftrage der Breslauer Arbeiterfront, „ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit“ an uns zu schreiben, denn die Breslauer Arbeiterfront ist nicht hinter der KPD.

Im Gegenteil! Die große Mehrheit der Breslauer Arbeiterfront würde es nicht verzeihen, wenn die Sozialdemokratische Partei auf den Einheitsfronttrümmeln einer Partei hineinfiele, nach vor wenigen Wochen in Einheitsfront mit Hitler und Brüning, mit Nazi und Stahlhelm stand und morgen im Parlament wieder stehen wird!

Eine Einheitsfront der Proletarier ist nur möglich in der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Mittelschlesien, Bretthorst.

Stoppelkartoffeln

Täglicher Ausmarsch der Breslauer zum Kartoffelstoppen - Die Ereignisse aus den Kriegsjahren wiederholen sich - Kilometerweite Märsche um ein paar Kartoffeln

An den Toren der Stadt tritt seit Tagen ein eigenartiges Bild in Erscheinung. Mehrere Hundert Breslauer ziehen täglich in alle Himmelsrichtungen hinaus zum Kartoffelstoppen, um auf diese Weise einen kleinen Vorrat des Hauptnahrungsmittels für den Winter einzuschaffen, den man von den gegenwärtigen Unterhaltungen nicht einzuschaffen vermag.

Die schier endlose Regenperiode scheint ihren Abschluß gefunden und einem sonnigen Herbstwetter das Feld überlassen zu haben. Auf den Feldern vor den Toren der Stadt wird es noch einmal lebendig, ehe der Winter einzieht. Die Kartoffelernte ist im vollen Gange. In normalen Zeiten war dieser Arbeitsvorgang für den Städter nur so weit von Interesse, als er sich einige Zentner dieses Nahrungsmittels einbeschaffte, um es während des Winters nicht in angefrorenem Zustande kaufen zu müssen.

Der Herbst 1931 läßt die Kartoffelernte in anderem Lichte erscheinen. Wie in den Jahren 1916 und 1917 die Getreide- und Kartoffelernte die Großstädter mehr als sonst interessierte, so ist der Zug der Not zu den Toren der Stadt hinaus auch in diesen Tagen zu beobachten. Junge Menschen auf Fahrrädern, mit einem Rucksack ausgerüstet, Familienväter mit kleinen Handwägelchen, Frauen und Kinder mit alten, für ihren eigentlichen Zweck nicht mehr verwendbaren Kinderwagen ziehen hinaus in die herbliche Umgebung der Stadt. In der Erwartung, irgendwo auf einem abgeernteten Felde noch ein paar Kartoffeln zusammenlesen zu können, ist der tägliche Ausmarsch in den Herbstmorgen wieder zur Wirklichkeit geworden. Die Erfolge der ersten haben die Zahl der Kartoffelstoppler rasch vermehrt und die Landstraßen spiegeln das Bild dieser Züge der Not eindrucklich wider.

Die Radfahrer sind im Vorteil. Ein paar Kilometer mehr Pödeln für sie keine so große Rolle. Wenn die Mühe des Tages dadurch mit einem vollen Sack Kartoffeln belohnt wird, dann ist bei der Heimfahrt allerdings auch die Mühe wieder um so größer, denn dann wird es unmöglich, auf dem Rade heimzufahren. Dann wird das Rad geschoben und der Mühsame ist erfreut, daß er wenigstens den Erfolg seiner Tagesarbeit auf dem Rade verstanen kann.

Noch mühsamer sind die anderen dran, die mit dem Wägelchen hinausfahren. Zehn und mehr Kilometer müssen schon drangewagt werden, um ein abgeerntetes Feld zu finden, auf dem sich die Mühe des nochmaligen Buddhaus verlohnt. Es ist keine Seltenheit, daß die Kartoffelstoppler auf ein Feld stoßen, auf dem die Ernte noch in vollem Gange ist. Verschieden sind sodann die Vorgänge, die sich da abspielen. Mancher Besucher oder Inspektor läßt sich von den Armen

helfen. Die Erwartung, durch Mithilfe das Feld schneller zum Stoppen freigegeben zu erhalten, macht die Menschen willfährig, Hand anzulegen. Der eine Besucher oder Inspektor gibt für solche Mithilfe ein paar Erntekartoffeln, andere aber glauben, daß die Erlaubnis zum Stoppen genügend Entschädigung für die Mitarbeit sei. Daneben gibt es allerdings auch wieder andere Herren der Felder, die kein Interesse an einer Mithilfe haben. Sie lassen das Feld nicht betreten. Vielleicht befürchten sie, daß ihnen eine Kartoffel weggenommen werden könnte. Da sitzen die Arbeitslosen aus der Stadt am Grabenrand und warten, bis ihnen das Betreten des Feldes gestattet wird.

Mühsam, Stundenlang werden die Felder nochmals durchharkt. Alte, Junge und Jüngste suchen auf diese Art ein Stück Kampf gegen die Not zu führen, eine Möglichkeit zu nützen, sich ein paar Kartoffeln einzuschaffen.

In einer Jahreszeit, in der sowieso eine stärkere Belastung für den einzelnen Haushalt jeder Proletarierfamilie entsteht, ist es bei den heutigen Unterhaltungen nicht möglich, einige Zentner Kartoffeln einzuschaffen. Aus diesen zwingenden Notverhältnissen heraus ist der Zug der Städter zur Stoppelerntefahrt wieder aufgelebt.

In den Kriegs- und Hungerjahren hatte er andere Ursachen. Damals hätte manche Familie noch ein paar Zentner Kartoffeln kaufen können, da mangelte es an dem Produkt. Dieses Verhältnis hat sich umgekehrt. Die Produkte sind heute in Hülle und Fülle vorhanden und die Produzenten klagen nur darüber, daß ihnen die stark verminderte Kaufkraft der Massen einen Abfall ihrer Produkte nicht in wünschenswertem Ausmaße ermöglicht.

Die arbeitslosen Städter pilgern während der Kartoffelernte hinaus. Die Bilder auf den Kartoffelfeldern kennzeichnen den Arbeitswillen der aus dem Erwerbsleben Ausgeschalteten. Sie mühen sich einen ganzen Tag lang, um - wenn sie besonderes Glück haben - abends einen Zentner Kartoffeln heimbringen zu können. Es gibt kaum noch einen anderen, eindrucklicheren Beweis dafür, daß die Menschen arbeiten, sich ihr farges Dasein mit ihrer Hände Arbeit selbst verdienen und auf Unterhaltungen und andere wohltätigen Werke gern verzichten wollen. Wer in solchen Zeiten den Begriff des Faulenzers und Arbeitslosen verallgemeinert auf die Gesamtheit der Arbeitslosen anwendet, verdient es, seiner Habee enteignet zu werden. Vielleicht würde ihm auf einem dieser abgeernteten Kartoffelfelder vor den Toren der Stadt beim Kartoffelsuchen die Gewißheit kommen, daß das Erwerbslosensein unserer Tage nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört.

Wie Geldmacher arbeiten

Gemeine Betrüger am Werk

Die Zeit der Wirtschaftskrise und der Geldverknappung ist wie selten eine Zeit geeignet, den Gaunern das Handwerk zu erleichtern. Hohe Elemente scheuen sich nicht, dem Arbeitslosen, der nach einer Beschäftigung sucht, genau so brutal seine letzten Ersparnisse abzuschneiden, wie dem kleinen Siedler, der nach jedem Strohhalm greift, um sein Eigentum halten zu können.

Wie gemein die Betrüger arbeiten, zeigen zwei Beispiele der letzten Tage. In der Kaiserstraße 74 richteten zwei Männer, die sich je nach Bedarf, Klein, Fanzen oder Glühbirnen nannten, ein Büro ein. Zunächst kam ein Firmenstempel an die Hauswand und dann ließen sie Briefbogen drucken mit der Firmierung: „Karl Klein, Gewürzmühlenerbetrieb Spezialität Gewürzparfaden für Fleischereien und Käse“. Nun fing das Geschäft der Leuten nicht etwa mit dem Verkauf dieser Produkte an, sondern bei ihnen mußten es Zeitungsinserte machen, mit denen sie Kontoristen suchten. Kautionsstellung Bedingung. Und weil die Notzeit manchen Arbeitslosen selbst auf solche Bedingungen eingehen läßt, um nur Arbeit zu erhalten, konnten die Firmeneinhaber 8 Stellungsuchende um Beträge von 100 bis 500 Mark begaunern. Einem anderen nahmen sie ein gespartes Spartaschneid ab. Aber auch diese Vorsicht mußte dem Kautionssteller nichts, denn prompt gaben die Inhaber dieses Spartaschneid für eine Schreibmaschine in Zahlung. Nachdem im Augenblick keine Aussicht bestand, daß sich noch weitere Kontoristen melden würden, sind die Gauner verschwunden. Der Polizei bleibt nun die Aufgabe, sie ausfindig zu machen und die Öffentlichkeit zu warnen, sich auf solche Geldgeschäfte nicht eher einzulassen, ehe man den Rat des Betrugsdezernates eingeholt hat.

Andere Firma, andere Methode. Ein Geldvermittler, der sich Bauparl nannte und in der Junkerstraße ein Büro unterhielt, vermittelte für Landleute die zurzeit viel gesuchten Zwischkredite. Dabei war es ihm aber nicht darum zu tun, den Leuten zu Geld zu verhelfen. Die Hauptsache war, daß er keine Vermittlungsprovision vorzuschußweise ausgezahlt erhielt. Nachdem er seines Bezirksdirektorpostens einer Wadischen Bauparlasse entsetzt war, machte er mit einem Arbeiter und sechs Landleuten einen „Schuldnerverband Deutscher Bauparlärer und Siedler“ auf, richtete in der Klosterstraße ein Büro

Unsere Morgenfeiern

Die 8. Proletarische Morgenfeier findet nicht am Sonntag, dem 18. Oktober, statt. Unsere Morgenfeiern werden wie bisher von dem Genossen G. M. Lippmann ausgerichtet und werden in der „Volkswacht“ veröffentlicht werden. Die für Sonntag eingeberufene Morgenfeier ist keine Veranstaltung der SPD. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, diese Veranstaltung nicht zu besuchen.

ein und ließ sich zum unabsehbaren Alleinvorstand auf 10 Jahre wählen. Mit phantastischen Bezügen selbstverständlich.

Dieser Mann entkam der Polizei nicht, aber als er jetzt geistig war, stellte sich heraus, daß er Förster heißt und ein äußerst bewegtes Vorleben hinter sich hat. Zurzeit prüft die Kriminalpolizei nach, warum er vor 10 Jahren den jählichen Namen angenommen hat, unter dem er sich auch verheiratete.

Man sieht, die Gauner verstehen alle Gelegenheiten auszunutzen. Bei solchen Elementen, die selbst vor einer Beugnung arbeitslos nicht zurückschrecken, ist exemplarische Bestrafung am Platze.

Der Staatsanwalt ist nicht zufrieden

Verurteilungen gegen alle Urteile im Kommunistenprozeß. - Haftbefehle in Sachen Haida und Genossen aufgehoben. - Ist man bei Nazioten sonst ebenso energisch?

Das ein Teil der Angeklagten des Kommunistenprozesses wegen der bekannten Vorgänge in der Wehlstraße am Vorabend des Stahlhelmtages mit milderer Strafen davonkam, als der solche Staatsanwaltschaftsadjessor Patschowski beantragte, scheint nach Ansicht der Anklagebehörde die Sicherheit des Staates und das Gefüge unserer Rechtspflege erheblich zu erschüttern.

Die Staatsanwaltschaft legt nämlich, wie jetzt bekannt wird, Berufung gegen sämtliche Urteile, auch gegen die ergangenen, und in drei Fällen vom Staatsanwalt selbst beantragten, Freisprüche ein. Wird bei der erneuten Verhandlung wiederum ein solcher Polizeiapparat aufgezogen, wie in der ersten Instanz, so dürfte die Verfolgung dieses Landfriedensbrüches wohl per Saldo einen ganz hübschen Baken Geld zu Lasten der preußischen Steuerzahler kosten, während man im Falle Zschokowich, wo ein schwerbewaffneter Haufe den Landfrieden in ganz anderer Weise zu stören im Begriffe stand, bekanntermachen wesentlich sparsamer wirtschaftet. (Die Berufungsverhandlung gegen die drei Obernazi vom großen Schweinefleischfest ist inzwischen auf den St. Nimmerleinstag verschoben.)

Natürlich werden auch einige der Verurteilten Berufung einlegen; so vor allem Max Rother, der wegen schweren Landfriedensbruch verurteilt wurde, aber geltend macht, nur an einem einfachen Landfriedensbruch beteiligt gewesen zu sein, Lausch, der die Beteiligung nach wie vor bestrittet, der achtzehnjährige Fabian wegen des Strafmaßes (1 1/2 Jahre Zuchthaus) und schließlich der als „Hecker“ mit zwei Jahren Zuchthaus überaus schwer bestrafte Hubner.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als diene diese Wiederaufrollung des Prozesses durch die Anklagebehörde, trotz ihrer sichtlich geringen Aussicht auf Erfolg, in erster Linie der immer noch vorhandenen Hoffnung, den Täter, d. h. den Mann, der den verhängnisvollen Schuß auf Müller abgefeuert hat, doch noch herauszubekommen. Kommt nicht ein Zufall der Behörde

Genüsse, die man nicht kennt, entbehrt man auch nicht. Wenn Sie aber CLUB probieren, dann lernen Sie eine alles überragende Qualität kennen, eine Zigarette, die Sie nie mehr entbehren können! Image of a CLUB cigarette pack.

30-Jahresfeier der Arbeiter-Samariter

Die Bemühungen des verstorbenen Genossen Neutrich im Jahre 1910 eine Arbeiter-Samariter-Kolonie zu gründen, wurden im Jahre 1911 von einem guten Erfolg gekrönt und vor einigen Wochen konnte die Breslauer Kolonie des zu einer mächtigen Hilfsorganisation gewordenen Arbeiter-Samariter-Bundes auf ihr zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken.

Dieser Aufbaubarbeit galt eine am Sonnabend im Gewerkschaftshaus veranstaltete Feier, zu der neben den Mitgliedern auch jene Genossen erschienen waren, die von der Kolonie bis zum heutigen Tage mitgearbeitet haben. In einer Rede gab der Vorsitzende, Genosse Sachl, einen Ueberblick über die Entwicklung der Organisation in Breslau, die sich nach der unheilvollen Kriegszeit bedingten Rückgang heute in einer regen Tätigkeit im Dienste der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit wiederfinden.

Die Breslauer Gewerkschaften überbrachte Genosse Sachl die besten Glückwünsche und kennzeichnete ebenfalls die Tätigkeit dieses Zweiges der Arbeiter-Bewegung, der unerschrocken und ohne Aufforderung seine nicht so im Brennpunkt stehende Arbeit leistet. Auch er dankte den fleißigen Mitarbeitern, die sich in den Dienst der Sache begeben haben und auch heute noch mitwirken. Für die städtischen Behörden sprach Stadtchirurg Dr. Wrobel und für die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter im Interesse der Allgemeinheit. Auch seine Worte klangen aus in dem Wunsch, die Kolonie Breslau des ASB. auch weiterhin ihr Schaffen weiterleben möge.

Die vom Gewerkschaftshausorchester musikalisch und von der Kapelle der Sportlerinnen des Arbeiter-Turn- und Sportvereins sowie artistischen Darbietungen umrahmte Feier schloß mit einem Tanz.

Gepäckmarsch der Schuso

des Reichsbanners Breslau

Schönes Herbstwetter begünstigte am Sonntag, den 11. Oktober den ersten Zupackmarsch der Schuso des Reichsbanners Breslau. Mit klingendem Spiel rückten in den frühen Morgenstunden die einzelnen Abteilungen nach dem „Jägerhof“ auf. Dort stellten sich dem technischen Leiter 300 Kameraden in voller Uniform und Schusoausrüstung den 18 Kilolangen Marsch beizutreten wollten. Vom „Jägerhof“ durch die Eichhorn-Siedlung, Kuraffnerstraße, Ahornallee, Hohenzollernstraße über Weichwitz, Glin, Hartlieb, Klettendorf, Opperau nach dem „Jägerhof“ führte die Kundstrecke.

Um 9,30 Uhr entließ der Starter den ersten Zug. In den von drei Minuten folgten die anderen Züge. Vier Banner und acht Altbanner-Schusozüge wurden auf die Straße geschickt. Die Strecke war durch wegweisende Kameraden freigehalten. In Weichwitz und Klettendorf waren Stationen eingerichtet, die in liebevoller Weise vom Reichsbanner-Bund, Ortsgruppe Breslau, besetzt waren.

Vor dem „Jägerhof“ hatte sich eine große Zuschauermenge versammelt, die mit lebhaftem Beifall die eintreffenden Züge begrüßte. Begleitet von stottern Marschweisen der Spielleute und Musik gingen die Züge in frischem Tempo durch das Ziel. Die Marschleistung der Jungschuso erreichte die Jugendzug Nr. 6. Doch mußte er, da er nicht mit voller Mannstärke anmarschiert war, distanzieren werden. Von den Altbannerzügen hatte Zug Nr. 7, Abteilung Nord, der noch in voller Stärke eintraf, durch seine ruhige Marschweise den Sieg davongetragen. Die Wertung ergab folgende Resultate:

Jugendchuso: 1. Jgd. Süd Zug 3, 2 Std. 29,30 Minuten, Punkte; 2. Jgd. West Zug 6, 2 Std. 28,58 Min., 276 Punkte, 3. Jgd. Ost Zug 11, 2 Std. 40,15 Min., 233 Punkte; 4. Jgd. Nord Zug 1, 2 Std. 28,46 Min.

Altbannerchuso: 1. Abt. Nord Zug 7, 2 Std. 34,32 Minuten, Punkte; 2. Abt. West Zug 5, 2 Std. 32,50 Min., 253 Punkte; 3. Abt. Ost Zug 4, 2 Std. 34,05 Min., 246 Punkte; 4. Abt. Süd Zug 1, 2 Std. 37,20 Min., 220 Punkte; 5. Abt. Nord Zug 8, 2 Std. 38,37 Min., 218 Punkte; 6. Abt. Ost Zug 10, 2 Std. 38,29 Min., 213 Punkte; 7. Abt. Süd Zug 2, 2 Std. 40,06 Minuten, Punkte; 8. Abt. Nord Zug 12, 2 Std. 39,50 Min., 199 Punkte.

Da der Marsch ohne jedes besondere Training ausgeführt wurde, sind die Leistungen gewiß auermerkenswert. Besonders noch hervorgehoben werden, daß unter den Altbannerzügen mehrere im Alter von 55 bis 64 Jahren waren, die das Ziel erreichten. Sicher ein Beweis von Ausdauer und Munterheit der Schusustruppe der Republik. Nach kurzer Rast begannen sich die Abteilungen unter Vorantritt der Kapellen zum Rückmarsch. Mit einem Hoch auf die Republik und das Reichsbanner fand die erfolgreiche Veranstaltung auf dem Platz der Republik ihr Ende.

Juristische Sprechstunde

Jede Woche Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 4 Uhr statt. Es wird Rechtsauskunft gegen Vorlegung der Abonnementkarte erteilt. Schriftliche werden nicht angefertigt. Mündliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn ein Porto beiliegt.

Dr. Pichler hat ihn im Rahmen eines Vortragsabends in der Volkshalle so nicht interpretiert. Er besaß Selbstkritik und Humour genug, garnicht erst den artistischen Versuch dazu zu machen. Aber er fand einen anderen Weg, ihn an das Publikum zu bringen. Er verzichtete bewußt auf die Intimität der Unterhaltung und las ihn ohne jede Pretension, wie jeder, der ein Wort liebt, ihn in einer guten und schönen Stunde einem Freund vorlesen wird. Eigentlich las er garnicht für das Publikum, sondern für sich. Daß er laut sprach, war lediglich ein Mittel, um die Worte in den Raum klingen zu lassen. Diese enge Verbundenheit mit dem Vortragenden mit dem Dichter überzeugte. Man fühlte zwar nicht, daß er und Peter Altenberg — aber Dr. Pichler und Altenberg. Die beiden ließen spazieren, diskutierten im Caféhaus, lasen sich Briefe, schwärmten die Natur an, liebten die Kinder der Frauen.

So erlebte man Peter Altenbergs einfache und selbstverständliche Beziehung zu einem Menschen, der ihn liebt. So muß man die Auswahl verstehen, die Dr. Pichler traf. Sie charakterisiert beide — Dichter und Interpret. Natur und Kinder waren die Hauptthema, und was Dr. Pichler darüber las, wirkte zart, hinterredend, anknüpfend. Der ironische Humor der Stammtisch- und der Kranken Bettelgeschichte griff ins persönliche Erleben des Hörers, man spürte direkt den Kontakt. Zu den Frauen hat zwar Peter Altenberg enge Beziehung — schließlich waren es immer immer wieder die Sonnen, um die sein Leben kreiste, aber nicht Dr. Pichler nicht mit ihm einverstanden. Er holte nur gelegentlich ein paar nicht sehr lebenswürdige Ausprüche hervor. Peter Altenberg in seinen schlechten Stunden fühlte einmal so nebenherausgerufen zu werden. Was er aber in seinen guten Stunden Frauen gedacht und geschrieben hatte, das unterlag uns Dr. Pichler. Peter Altenberg wäre gar nicht zufrieden gewesen. Aus dem Zwiegespräch Altenberg — Pichler formten Gestalt und Leben des rastlosen Vagabunden, des ewig schwebenden, ewig Schwärmenden, ewig Gläubigen, der in allen Dingen, Jubilieren, Damen der Gesellschaft, Verbrechern, Kindern, Gemeinern, Werkstätten, Guten und Schlechten, Verweilenden, den göttlichen Funken sah und weckte. Die Sehnsucht nach der Atmosphäre dieses Menschen hat Dr. Pichler wieder und wieder gerührt. Seine Wirkung ging unter die Oberfläche.

STADTTHEATER

Dienstag, 20.15 bis 22.15
Abonn.-Post. A 4

Martha 9777
Mittwoch, 20.15 bis 22.00
Abonn.-Post. B 4

Salome
Donnerstag, 20 bis 23 Uhr
Zu herabgesetzten Preisen
(RM. 0.50 bis RM. 5.00)

Don Giovanni

LOBETHATER
Täglich 20.15 bis 22.45

Elisabeth von England

THEATERTHEATER
Täglich 20.15 bis 22

Mina

Schauspielhaus
Gastspiel 9778

Deutsches Theater, München
Täglich 8 1/2 Uhr

Breslaus Sensation

Im weißen Röhl

Vorverkauf dauernd.
Tel. 36300 und 33580

LIEBICH

10 Varieté-
Starnummern

Täglich jubelnder Festball
Erlöse: 0.50 - 3.50
Sonntag 4.15 u. 8.15

8876

AKZAR

Tanzpalast / Varieté
Zirkus-Revue

Breslaus Nachtleben!

WALDUNG

(früher Broadway)

Bierkabarett u. Tanz

Tägl. das große Lachprogramm
Publikums-Tanz

30-Jahresfeier der Freien Turnerschaft Breslau

Am 17. Oktober veranstaltet der Verein anlässlich seines 30-jährigen Bestehens ein Hallensportfest in der Sportarena der Jahrhunderthalle. Wir weisen schon heute auf diese zweitgrößte Veranstaltung dieses Jahres hin. Der Vorverkauf ist an folgenden Stellen eröffnet: Büfett des Gewerkschaftshauses, Sportzentrale „Schlesien“, Arbeiter-Sportartell, Kinokasse „Prelaton“ und sämtlichen Mitgliedern des Vereins. Die Eintrittspreise sind derzeit niedrig gehalten, daß der Besuch dieser Veranstaltung jedem zu empfehlen ist. Jugend und Erwachsene im Vorverkauf 20 Pf., Vorkarbeiter 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Erwachsene müssen neben der Eintrittskarte den Erwerbslosen-Ausweis am Eingang der Jahrhunderthalle vorzeigen.

Geschäftseinbruch

Sonntag abend wurden aus einem Geschäftslokal in der Böttcherstraße 40 neue Fahrradmäntel, 15 Schläuche, zwei Torpedofreilaufmaschinen, drei elektrische Fahrradlampen, fünf Sättel, ein schwarzer Herrenwintermantel, 250 Zigaretten und 20 Mark Bargeld gestohlen.

Eine Ausweiskarte des Arbeiter-Samariter-Bundes, auf den Namen Alfred Gr e u l i c h lautend, ebenso ein Prüfungszugnis und andere Gegenstände sind dem Genossen Greulich im Hause Heidenhainstraße 15 aus der Taschentasche gestohlen worden, als er im Grundstück arbeitete. Beim Vorweisen der betreffenden Ausweiskarte ist der Vorzeiger der Polizei zu übergeben.

Monatliche Gemeinde, Grünstraße 14/16
Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit. Mittwoch, den 14. Oktober, 20 Uhr: 2. Debatten-Abend im Saale Grünstr. 14/16. Thema: „Wege zum Sozialismus“. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Für die Breslauer Volkshilfe
Das Personal der Ostdeutschen Funkliteratur G. m. b. H. und des Verbandes der Schleischen Rundfunkhörer E. V. hat beschlossen, bis auf weiteres monatlich aus seinem Entkommen der Breslauer Volkshilfe einen Betrag von 100 Mark zuzustellen; der Betrag und der Verband haben ihrerseits zu der Spende beigetragen und ferner sich verpflichtet, mindestens bis zum 31. Januar 1932 weder einen Lohnabbau noch eine Verringerung des Personalbestandes durchzuführen.

Der neue Unterrichtsplan der Volkshochschule
ist jeben erschienen. Er enthält den Plan von mehr als achtzig Arbeitsgemeinschaften aus den Gebieten der Philosophie, Lebens- und Weltanschauung, Erziehungslehre, Seelenkunde, Religionswissenschaft, Kunstwissenschaft, Literatur und Dichtung, Geschichte, Kultur- und Heimatkunde, Staatswissenschaft und Gesellschaftslehre, Erdkunde, Mathematik, Naturwissenschaft und Gesundheitslehre. Der Plan ist im Volkshochschulamt, in Volksbüchereien und Verkaufsstellen und an anderen Orten erhältlich.

Die Diensträume der Verwaltung der Städtischen Elektrizitätswerte
werden am 14. und 15. Oktober 1931 von Springerstraße 14 nach dem 4. und 5. Obergeschoß im Hochhaus Ring 9/10/11 verlegt. Fernsprecher 525 01. Wegen des Umzuges bleiben das Verwaltungsamt und die technischen Dienststellen am 14. und 15. Oktober geschlossen. Der Ausstellungsraum verbleibt zunächst im Grundrüd Springerstraße 14, Erdgeschoß (geöffnet an Werktagen von 10 bis 15.30 Uhr).

Preußenlose bei Arndt

Breslau 3
am Tauentzienplatz
5.-, 10.-, 20.-, 40.- Mk. Postscheck Breslau 2571

Preußenlose!

Klassenausflug
Mittwoch, 14. Okt.
Treffpunkt



Ja, ja, so geht's! Die Lehrerin hat sicherlich keine Kinder, sonst würde sie selbst wissen, welche besondere Bedeutung der „Mittwoch“ für Kinder hat.

Und daß jede kluge Mutter, wenn sie ihre Kinder für überraschend

wenig Geld

neht, sehr nett angezogen fehen will, dem Rat folgt:

MITTWOCH IST KINDERTAG
GEHEN SIE ZU



Breslau
Ohlauerstr. 10-11
Ecke Altbüßerstr.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Ueber „Neuere Erfahrungen mit schädlichen Pilzen“

(Giftpilze, Baumschwämme, Pilze der Breslauer Parkanlagen) wird am nächsten Dienstg., den 13. d. Mts., 19 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus „An der Mathiasfont“ der bekannte Pilzforscher Herr Prof. Dr. G. Dietrich-Breslau ausführlich berichten. — Von der Sektion für Gartenbau und der Schlesischen Gartenbau-Gesellschaft sind dazu besonders die Damen eingeladen. Der Zutritt ist frei.

Reichs-Edeka-Woche

In den Tagen vom 10. bis 17. Oktober stellen sich die Schaufenster der Edeka-Geschäfte in besonders festlichem Kleide der Verbraucherin vor. Nicht um eine Werbung im alltäglichen Sinne handelt es sich; beabsichtigt ist eine tiefergehende Wirkung. Die ehrbare, bodenständige Kaufmannschaft des Kolonialwaren- und Feinkosthandels im ganzen Reich möchte es allen sichtbar zum Ausdruck bringen, daß sie sich berufen und verpflichtet fühlt, die schweren Zeiten mit überwinden zu helfen. Sie will zeigen, daß sie auf Grund des gemeinsamen Großverkaufs von 30 000 Edeka-Geschäften in der Lage ist, der geschwächten Kaufkraft der Allgemeinheit Rechnung zu tragen unter Aufrechterhaltung des Qualitätsstandards. Sie wünscht das Beständnis für die genossenschaftliche Arbeit des kaufmännischen Mittelstandes zu wecken und sie hofft dadurch, die Vertrauensstellung, die der Kaufmann dem Verbraucher gegenüber einnimmt, zu stärken.

„Zoo-Lotterie“

Am 21. Oktober 1931, also in nicht mehr ganz zwei Wochen, findet die Ziehung der Zoo-Lotterie statt. Lose sind noch überall zu haben. Der Lospreis beträgt 50 Pf. — Der Hauptgewinn ist ein schließfertiges Landhaus im Werte von 9000 Mark oder 5100 Mark in bar. Zur Auslosung gelangen Gewinne im Werte von über 50 000 Mark.

Arbeiter-Sport

Wasserport		Wasserstand	
Kreispartenleitung der Ruderer und Kanufahrer. Sonnabend, 17. Oktober, 19.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vorstandssitzung.			
Angelsportverein Einigkeit. Mitgliederversammlung am 14. Oktober, 20 Uhr, bei Tischler, Garbeitstraße 32.			
Athletik			
Mannschaftskämpfe im Ringen. Nächster Großkampfstag den 25. Oktober, Turnhalle Brunnenstraße, 15 Uhr. A-Klasse: Sportvereinigung 1897 gegen Arbeiter-Athleten-Berein 1911. B-Klasse: Sportvereinigung 1897 gegen Arbeiter-Athleten-Berein 1911. Jugend 1897 I gegen A.M.B. 1911 I.			
Sportvereinigung Nord-Ost 03 e. B. Den 18. Oktober: Dreivierteljahres-Versammlung bei Anton Zoubid, Königgrätzerstraße 10. Vereinslokal „Zur Lindenblüte“.			
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Berein			
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Groß-Motoren. 14. Oktober, 20 Uhr, bei Gubl Generalversammlung.			
Kulturvereine			
Freie Menschen. Deut. abend 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6. Vierteljahresversammlung.			
13. 16. 12. 10.	1. 1. 1. 1.	Kanien (Unter-Vegel) ...	13. 11. 12. 10.
Kanien (Oben-Vegel) ...	1. 1. 1. 1.	Dobnerburg ...	2. 4. 4
Kanien (Stahl) ...	1. 1. 1. 1.	Ablassung (Stahl) ...	2. 4. 4
Kanien (Stahl) (Mit-Vegel) ...	1. 1. 1. 1.	Jürgenberg vom 12. 10. ...	1. 7. 1. 8.
Freig. (Mit-Vegel) ...	1. 1. 1. 1.	Wasserwärme -11°	
Treppen ...	1. 1. 1. 1.		

Weitere Verschlechterung

der Finanzlage des Provinzialverbandes

1,3 Millionen vorausichtlicher Fehlbetrag — Neue Befolungsordnung Protest gegen Neuordnung des Staatsrats

(Amtlicher Bericht.) Die Tagesordnung der Sitzung des Provinzialausschusses vom 10. Oktober war wiederum beherrscht von den Auswirkungen der gegenwärtigen, sich immer mehr zuspitzenden Wirtschaftskrise und Kreditnot, die u. a. ihren Niederschlag in der preussischen Sparverordnung vom 12. September 1931 gefunden hat. Die Beratungen über die Durchführung dieser Verordnung sowie vor allem der Finanzbericht des Landesamtmanns standen daher im Mittelpunkt der Beratungen. Aus dem Finanzbericht ist zu entnehmen, daß die vorausichtliche Einnahmesituation, welche zurzeit der letzten Provinzialausschusssitzung ein Defizit von etwa 800 000 Mark ergab, sich seitdem weiterhin verschlechtert hat. Namentlich sind die verschiedenen Steuererträge — als Haupteinnahmequelle — wesentlich hinter der letzten staatlichen Schätzung zurückgeblieben, so daß der Fehlbetrag im Haupthaushalt für das Rechnungsjahr 1931 sich auf rund 1,3 Millionen Mark vorausichtlich erhöhen würde, wozu noch derjenige aus dem Rechnungsjahre 1930 kommt. Nach eingehenden Beratungen beschloß daher der Provinzialausschuß, daß der Landeshauptmann zu weiteren vorläufigen Sparmaßnahmen berechtigt und verpflichtet bleibt und ferner ermächtigt wird im Rahmen der vorgezeichneten Grenzen die notwendigen kreditpolitischen Maßnahmen zwecks Erfüllung des Etats und der sonstigen Zahlungsverpflichtungen der Provinz zu ergreifen. In gleicher Richtung gehen die Maßnahmen, welche der Provinzialausschuß zur Durchführung der schon erwähnten preussischen Sparverordnung — unter Vorbehalt deren Rechtsgültigkeit — zum Zwecke der Sicherung und zum Ausgleich des Haushalts des Provinzialverbandes bis zur Erreichung dieses Zweckes beschloß. So wird in einer nicht unwesentlichen Reihe von Punkten die bisherige Befolungsordnung abgeändert und eine neue Befolungsordnung für die Provinzialbeamten in Kraft gesetzt. Weiterhin werden u. a. die Nebenbezüge und die Reisekosten — diese auch für die Mitglieder des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses und der Provinzialkommissionen — einer Neuordnung unterworfen.

Aus den weiteren Vorlagen ist zunächst zu erwähnen, daß der Provinzialausschuß wegen Verringerung der Betriebsvorschriften für die Kasperrnauer und Merklissa grundsätzlich einer Verhandlung mit den Staatsbehörden im Sinne der vorliegenden Vorlage zustimmte und dabei eine Rechtsverwahrung annahm, die der Staatsbehörde zugeleitet werden soll. Fernerhin nahm der Provinzialausschuß von dem Geschäftsbereich über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 zustimmend Kenntnis. Alsdann folgte der Provinzialausschuß den Beschlüssen, daß die Ergebnisse der am 1. Dezember 1931 stattfindenden staatlichen Viehzählung für die Ausschreibung der Viehsteuerumlage des Jahres 1931 — gemäß Viehsteuerentschädigungsgesetz — Geltung haben sollen. Ferner wurde folgende

Entscheidung

gefaßt: „Der Provinzialausschuß der Provinz Niederösterreich erhebt Bedenken gegen den Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Staatsrates. Die Herabsetzung der Zahl der Staatsratsmitglieder muß die verfassungsmäßig dem Staatsrat obliegende Aufgabe, die Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates zu vertreten (Artikel 31 der Preussischen Verfassung) erschweren und beeinträchtigen. Finanzielle Ersparnisse sind durch die Verringerung der Staatsratsmitglieder nicht zu erwarten.“

Schließlich nahm der Provinzialausschuß davon Kenntnis, daß der Landesamtmann Josef Czajor und der Landesamtmann Gustav Knehl — beide bei der Hauptverwaltung — am 30. September 1931 kraft Gesetzes in den dauernden Ruhestand getreten sind. — Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses findet am 11. November 1931 statt.

Weißenwasser D. Tragfederbruch einer Personenzug brach auf der Fahrt zwischen Halbenbrunn und Wolfschtein plötzlich eine Tragfeder der Lokomotive, nicht sehr schwere Maschine neigte sich zur Seite und der folgende Packwagen entgleiste. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Reisenden konnten mit aus Weißenwasser und Fort an Unfallsstelle eingetroffenen Ersatzzügen weiterbefördert werden.

Sprottau. Ein Bürgermeister verzichtet auf Pension. Der Erste Bürgermeister Knothe, der in der Stadtverordnetenversammlung am 2. Oktober einstimmig auf ein Jahr zum Bürgermeister von Sprottau wiedergewählt wurde, gab in der letzten außerordentlichen Magistratssitzung schriftliche Erklärung ab, wonach er für das ihm bewiesene stimmige Vertrauen dankt, dann jedoch erklärt, daß es ihm möglichst sei, die Wiederwahl anzunehmen, da die wirtschaftliche Lage es ihm nicht erlaube, die Verwaltung seines Heimatbetriebes (er ist Besitzer der Sprottauer Obermühle) zu verlassen. Bürgermeister Knothe legt daher ab und wird zum 1. November sein Amt nieder und verzichtet auf die bisher elfjährige Dienstzeit als Bürgermeister von Sprottau stehende Pension.

Waldburg. Leiche aufgefunden. Vor 14 Tagen erkrankte, wie gemeldet, die Brüder Rudolf und Paul Herden beim Paddeln am Würbener Wehr in der Weißenwasser. Während die Leiche des Rudolf Herden sofort geborgen werden konnte, war die seines Bruders zuerst unauffindbar. Nach den Bemühungen der Feuerwehr gelangten, auch die Leiche des Herdens etwa 100 Meter unterhalb der Unfallsstelle zu bergen.

Dittersbach. Im Tunnel überfahren. Im sogenannten Ochsenkopftunnel bei Dittersbach wurde von einem Lokomotivführer die Leiche eines Mannes gefunden. Der Lebertrag hatte wahrscheinlich den verbotenen Weg durch den Tunnel genommen und ist dabei vom Zuge überrascht worden. Da bei den Toten keine Ausweispapiere gefunden wurden, konnten Personalien noch nicht festgestellt werden.

Landeshut. Der Tod auf der Straße. Auf Heimwege fuhr der Waldarbeiter Stieran auf der abführenden Straße von den Grenzbauden nach der Schillerbaude in Schöneben einer Kurve im schnellen Tempo gegen ein scharf herabfahrendes Landeshuter Zeitungsauto. St. versuchte, ab den Kraftwagen abzublenden, noch nach rechts abzubiegen, stieß mit der linken Bedale des Kades gegen das linke Vorderrad des Kraftwagens. Der Kraftfahrer wurde mit dem Kopf gegen Verbed geschleudert und war auf der Stelle tot. Er hat einen Schädelbruch erlitten.

Aus der Umgebung

Klettendorf. Die Gemeindevertretersitzung Freitag hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst wurde beschlossen, den Titel 5 des Haushaltsplans mit Rücksicht auf notwendig gewordene Instandhaltung und Neuanlagen (u. a. Erneuerung der Friedhofsmauer und Bau eines Schlauchturms für die freiwillige Feuerwehr) 10 000 Mark zu erhöhen. Der Fehlbetrag wird durch eine Verringerung der Ausgaben für die Straßenbauverwaltung durch ein Mehraufkommen aus der Biersteuer gedeckt. — Für endgültige Erledigung der Wasserrechtsangelegenheiten betreffend die Leitung der Drainage wasser aus den Gemeindegrenzen in die Höhe wurden die erforderlichen Mittel bewilligt. — Instandsetzungsarbeiten in den Dachwohnungen der gemeindefreien Haus 12 stellte die Gemeindevertretung ebenfalls hinreichende Mittel zur Verfügung. Dem Gesuch der Arbeiter-Schach-Bundes auf Bewilligung eines Zuschusses zur Anschaffung von Spielbrettern wurde nicht gesprochen, angeichts der furchtbaren Notlage weiterer Zuschüsse können für derartige Zwecke gegenwärtig keine Beihilfen gegeben werden. — Der Weiterveräußerung einiger Grundstücke und sowie der durch die zentrale Veranlagung der Turnhalle überflüssig gewordenen Sportplatzanlage stimmte die Gemeindevertretung zu. Im Interesse der Ordnung innerhalb der Gemeindefreien wurde der gemeindefreier beauftragt, Ergänzungsbestimmungen zu Mietverträgen auszuarbeiten. — Infolge der unerfreulichen Wirtschaftslage hat die Kreisverwaltung in diesem Jahre Fortbildungsschulen geschlossen. Die Gemeindevertretung entschied sich jedoch für Fortführung des Fortbildungsschulunterrichtes in beschränktem Umfang auch im bevorstehenden Winter. Außer den fortbildungspflichtigen Schülern sollen alle erwerbslosen Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre beiderlei Geschlechts eingeschult werden. Die Mädchen erhalten Hauswirtschaftsunterricht. — Die freierwerbende Wohnung im evangelischen Schulgebäude soll zu einem Klassenzimmer ausgebaut werden. Der Gemeindevorstand wurde ermächtigt, die erforderlichen Arbeiten, u. a. auch für den Einbau einer Zentralheizungsanlage auszuschreiben und die Erlangung von Beihilfen mit der Regierung Verhandlungen zu führen. — Schließlich gab der Gemeindevorstand seine Zustimmung zur Prüfung der Gemeindefreien für den Monat September Kenntnis. Die Einnahme beträgt 160 507,68 Mark, Ausgabe 158 925,05 Mark und der Bestand 1582,53 Mark.

Dürfen Schutzmittel ausgestellt werden?

Schöffengericht Liegnitz gegen Reichsgericht — Kein „unzüchtiger Gebrauch“ bei Schutzmitteln gegen Ansteckung und Empfängnis

„Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt, oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist; wer in einer Sitte oder Anstand verletzender Weise Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen, öffentlich ankündigt, anpreist oder solche Mittel oder Gegenstände an einem dem Publikum zugänglichen Ort ausstellt.“ (Absatz 3 und 3a § 184 Strafgesetzbuch.)

Nach der Beratung des an sich bedauerlichen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist es den Gegnern moderner Auffassungen über die geschlechtlichen Beziehungen und die sogenannte Bevölkerungspolitik gelungen, diesen Paragraphen des Strafgesetzbuches sogar noch zu erweitern. Man bekämpft zwar die Geschlechtskrankheiten, zugleich aber auch die Mittel, die zu ihrer Verhütung dienen, wobei natürlich die kirchliche Auffassung maßgebend war, daß die Verhütung der Empfängnis — beides trifft ja hier praktisch meist zusammen — sozusagen einen Eingriff in die göttliche Vorsehung darstelle. So hat man jahrelang die jahrezeitliche auf diese Weise den Vertrieb solcher Schutzmittel behindert und den Gebrauch zum Privileg der begüterten und besser orientierten Schicht der Bevölkerung gemacht. Es ist ja kein bloßer Zufall, daß die Kinderzahl im Proletariat oftmals unbegrenzt ist und in keinem Verhältnis zum Lebens- und Nahrungspielraum der Familien steht. Langsam aber legen sich erteillicherweise auch in der Rechtspflege Auffassungen durch, die mit den allgemeinen Lebensgewohnheiten und Realitäten mehr in Einklang zu bringen sind, wird die Frage aufgeworfen,

ob denn wirklich ein empfängnisverhütendes Mittel, das gleichzeitig die Übertragung von Geschlechtskrankheiten unterbindet, ein Mittel zu „unzüchtigem Gebrauche“ darstelle, ob beispielsweise die Ausstellung von solchen Mitteln in Kartons „Sitte und Anstand“ verletze.

In Liegnitz wurde bereits, wie berichtet schon davon, vor geraumer Zeit der Inhaber eines Sanitätsgeschäftes von der Anklage, den angeführten Paragraphen durch Ausstellung von leeren Kartons der Präparate „Patentex“ verletzt zu haben, freigesprochen. Das ließ die Liegnitzer Staatsanwaltschaft nicht ruhen. Sie hat ja darüber zu wachen, daß die öffentlichen Interessen gewahrt werden und das öffentliche Interesse“ erheischt offenbar eine — Revision beim Reichsgericht. Die Staatsanwaltschaft hatte damit nicht falsch spekuliert. Das Reichsgericht, dessen moralisierende Ansichten über den Begriff „Unzucht“ ja genügend bekannt sind, stellte fest, daß „Patentex“ auch der Empfängnisverhütung, also dem „unzüchtigen Gebrauch“ diene und mithin das Urteil aufzuheben sei. In der erneuten Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht wurden nun allerdings Sachverständige vernommen und von dem Verteidiger des angeklagten Geschäftsinhabers geltend gemacht, daß auch eine Entscheidung des Kammergerichts, daß ein Mittel, das auch zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dient, gleich zu welchem Zweck es auch sonst diene, öffentlich ausgestellt und angepriesen werden dürfe, auch wenn es zur Empfängnisverhütung geeignet sei.

Das Gericht sprach den Angeklagten wiederum frei, da eine „öffentliche Ankündigung“ nicht erfolgt, Anstand und Sitte durch das Ausstellen leerer Kartons nicht verletzt worden seien. Auf die Unzüchtigkeitsbegriffe der Reichsgerichtsräte einzugehen, hielt das Gericht daher nicht für erforderlich.

Sprengstoffdiebstahl oder Attentatsvorbereitung?

Mit sehr viel Details wird in der bürgerlichen Presse über die Verhaftungen in Petershain, Kreis Rothenburg, berichtet, wobei man bekanntlich den von Witzmannern gemachten Sprengstofffund mit der in Petershain wohnenden Familie Barrels und dem Züterboger Attentat in Verbindung bringt. Ob sich das erweisen läßt, scheint zunächst aber noch sehr fraglich, ebenso die angebliche Verbindung der bisherigen Feststellungen mit der kommunistischen Partei.

Die Verhafteten streiten energisch ab, mit dem Fund etwas zu tun zu haben. Deshalb ist es wohl auch zumindest reichlich unangebracht, daß (wohl nicht ohne offizielle Veranlassung) wieder einmal hinausposaunt wird, der eine Barrel sei wegen Landfriedensbruchs verhaftet, der andere ehemals in Fürsorgeerziehung gewesen und nach ein anderer Verhafteter gar ein „bekannte Wildsch“.

Wie schon bekannt, bringt man ja das Züterboger Attentat auch in Verbindung mit dem großen Eisenbahnunglück bei Sias Torbagg in Ungarn. Als dringend verdächtig wurde hier in Wien ein Mann verhaftet, der zwar absonderliche Lebensgewohnheiten hatte, aber mit politischen Organisationen nicht in Verbindung stand.

Wer ichwindelt?

Zum Thema: Lügen der „Volkswacht“

Zu den Sorgen der neuen Arbeiterpartei, die sich aus der Abspaltung der Sozialdemokratischen gebildet hat, gehören bekanntlich auch die Lügen der „Volkswacht“, über die sich morgen in Breslau belanlich geschmackvollerweise der für dieses Blatt bis in letzte Zeit vielfach tätig gewesene Rechtsanwalt Dr. Schlein ausführlich zu verbreiten gedenkt. Wenn man andere der Lüge steht, ist es wohl selbstverständliche Voraussetzung, vor allem selbst der Wahrheit nicht zu widersprechen. In der letzten Nummer der „Volkswacht“ aber kann man lesen, daß laut Bericht auf dem SA-Gründungsstag, ... in Ostsachsen die gesamte Jugend „in Schließen alle Ortsgruppen bis auf eine“ übergegangen seien. So launisch pflegen selbst die Kommunisten selten die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Die Wahrheit ist nämlich genau umgekehrt. Alle bis auf eine Ortsgruppe der SA, in der beiden sächsischen Provinzen sind bei der Sozialistischen Arbeiter-

jugend geblieben und auch die Breslauer SA-Gruppen vermochten nicht alle ehemaligen Mitglieder hinüberzuziehen. Kommentar überflüssig.

Oberschiffahrt im September

Die Oder zeigte im September für die Schifffahrt günstige Wasserstände. Jedoch trat am 26. September ein Hochwasser ein, das den höchsten schiffbaren Wasserstand weit überschritt, wobei folgende Höchststände erreicht wurden: Ratibor + 7,00 Meter, Döhrnsfurth + 5,76 Meter.

Mit der Aufnahme der Schifffahrt ist, da die Hochwasserwelle schnell abrollt, schon in den Bezirken der Wasserbauämter Oppeln und Brieg begonnen worden. Der Kohlenumschlag in Kosel-Hafen betrug rund 154 000 Tonnen, das sind arbeitstäglich rund 5000 Tonnen gegen 118 000 Tonnen bzw. 4540 Tonnen im Vormonat. Der Leerfahr-Bestand in Kosel-Hafen ist von 410 auf 374 zurückgegangen.

Keine Sitzung

des Landeseisenbahnrats

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt entgegen anders lautenden Meldungen mit, daß die für den 14. Oktober in Schneidemühl anberaumte ordentliche Sitzung des Landeseisenbahnrats Breslau ausfällt.

Der Bezirksvorstand der SPD. Mittelschlesiens beruft für Sonntag, den 1. November 1931, nach dem Gewerkschaftshaus Breslau, Margaretenstraße 17, eine

Frauenkonferenz

ein. Beginn der Tagung vormittags 10 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Bericht der Unterbezirke über die Frauenarbeit. Aussprache darüber. 2. Wahlen. 3. Politisches Referat von Genossin Anjorg, M.d.R. Ortsvereine, die bis 200 weibliche Mitglieder haben, entsenden eine Delegierte. Eine zweite können die Ortsvereine delegieren, die bis 500 weibliche Mitglieder aufzuweisen haben. Bezirks-Frauen-Agitationsausschuß und Abgeordnete des Reichstages, des Landtages und des Provinziallandtages nehmen mit beschließender Stimme an der Tagung teil. Die Kosten der Delegation tragen die Ortsvereine.

Steine gegen die Spaltung. In einer gut besetzten Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei, in der Genosse Herbert Löbe referierte, wurde auch hier Stellung zur Parteispaltung genommen. Einmütig verurteilte die Versammlung alle Abspaltungsvorwürfe, die als ein Verstoß am arbeitenden Volke anzusehen sind.

Karowanz. Stalleneinbruch. Einem Arbeiter wurde in einer der letzten Nächte ein verschlossener Stall ausgeraubt. Die Einbrecher schlachteten an Ort und Stelle die erbeuteten Enten, drei Hühner und zwei Gänse und verschwand unbenommen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau) Zimmer 170-171
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 10 bis 12 Uhr

Janowitz. Dienstag, den 13. Oktober, 20 Uhr, bei den Mitgliedern-Versammlung. Redner: Genosse Löbe und Genosse Korn-Steine.
Schönborn. Dienstag, den 13. Oktober, 20 Uhr, bei den Mitgliedern-Versammlung. Redner: Genosse Lehner Faulhaber.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt

Zschitzowitz. Dienstag, 15. Oktober, 19.30 Uhr, bei Rge in Janowitz Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen.

Awa
heißt
10 Arbeiterunternehmen
stellen aus in der
Arbeiter-Wirtschafts-Ausstellung
vom 15.-22. Oktober 1931
im Gewerkschaftshause, tägl. v. 10-21 Uhr
Eintritt frei!

Stüemischer Calmette-Mustaft

Die Nebenkläger bezweifeln die Zuständigkeit des Gerichts

In der Hauptturnhalle in Lübeck begann am Montag der 17. Jahrestag mit Spannung erwartete große Prozeß gegen die Schuld am Tod von 76 Kindern angeklagten Ärzte Dr. Altschuld, Prof. Dr. Deyke, Prof. Kloß und die Krankenschwester Anna Schütze. Man hat die Turngeräte mit Vorhängen verdeckt. Auf einer Empore sitzt das Gericht, die Große Kammer des Landgerichts Lübeck: 3 Richter, 2 Schöffen, 11 Mitglieder des Amtsgerichtsrat Wiehels. Die beiden Schöffen sind Mitglieder der Staatsanwaltschaft Dienau. Dr. Deyke wird von Rechtsanwalt Dr. Altschuld vertreten. Die Nebenkläger sind 17 Autoritäten. Die Galerien der Turnhalle sind gedrängt voll mit Zuhörern. Die Verhandlung beginnt mit dem Aufruf der 50 Zeugen der Sachverständigen. Rechtsanwalt Dr. Wittern-Lübeck, Leiter einer Reihe von Nebenklägern, beantragt, das Gericht zu prüfen, ob es auch der gesetzliche Richter sei, dem die Klagen nicht entzogen werden dürfen. Durch Notverordnung Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931, in Kraft getreten am 1. Januar 1932, sei zwar bei den sogenannten Monstre-Prozessen das Recht auf Berufung gegen das Urteil der ersten Instanz beseitigt worden. Diese Beseitigung sei aber verfassungswidrig und verstoße gegen die Grundrechte der Verfassung. Die Notverordnung sei

auf unbeschränkte Zeit erlassen, die Aufhebung der Grundrechte auf unbeschränkte Zeit sei aber unzulässig. Auch die übrigen Rechtsvertreter der Nebenkläger bezeichnen das Gericht als Ausnahmegericht und unterstützen den Antrag Dr. Witterns. Professor Altschuld weist in seiner Erwiderung darauf hin, daß die Notverordnung Gesetzeskraft habe und daß es daher völlig abwegig sei, das auf Grund der Verordnung zusammengesetzte Gericht für unzuständig oder gar als Ausnahmegericht zu bezeichnen. Nach etwa zweistündiger Beratung verkündete dann der Vorsitzende den Gerichtsbeschuß, daß die Große Strafkammer sich für sachlich zuständig halte. Als erster der Angeklagten wird Dr. Altschuld vernommen. Er gibt einen Überblick über seinen beruflichen Werdegang. Im Eppendorfer Krankenhaus in Hamburg habe er mit Professor Much und Professor Deyke zusammen gearbeitet. Dadurch habe er Interesse an der Tuberkulosebekämpfung gewonnen. Seit dem 1. Januar 1928 sei er Physikus in Lübeck. Eingehend sprach der Angeklagte dann über seine Rechte und Pflichten, die er in dieser Eigenschaft habe. Weiter berichtete er, welche Beweggründe ihn zur Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck veranlaßt hätten und gab schließlich einen kurzen Überblick über das Wesen des Calmette-Verfahrens und über die Stellungnahme der Wissenschaft zur Tuberkulose-Schutzimpfung nach Calmette. — Fortsetzung der Verhandlung Dienstag.

Der Antifaschistenflieger wahrscheinlich tot

Die Meldung, daß der italienische Flieger di Bosis nach dem Abwurf von antifaschistischen Flugblättern über Rom in der Nähe der Küste von Korsika ins Meer gestürzt ist und sich schwimmend ans Land retten konnte, ist, wie aus Naccio gemeldet wird, bisher noch nicht bestätigt worden. Man muß also annehmen, daß di Bosis ertrunken ist.

Autounglück in Kent

Fünf Tote

Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen und ein Motorrad, auf dem sich zwei Personen befanden, prallten vorgestern nachmittag bei Maidstone (Kent) in voller Fahrt aufeinander, überschlugen sich und gerieten in Brand. Den Augenzeugen der Katastrophe gelang es, einen Verunglückten mit lebensgefährlichen Brandwunden zu bergen. Die anderen fünf jungen Leute unter 21 Jahren kamen in den Flammen um.

Südpolexpedition per Luftschiff

Der amerikanische Polarforscher Admiral Byrd, der erste Ueberflieger des Nordpols, hat die Absicht, zusammen mit dem amerikanischen Flugkapitän Kinley zu einer Südpolexpedition auszufahren. Byrd und Kinley werden die Reise vermutlich an Bord der im Jahre 1911 für den Fürsten von Monaco erbauten Luftschiff „Hirondelle“ antreten, die nach Meinung Byrds für die Expedition besonders geeignet ist. Auf dem Oberdeck ist genügend Platz für die Ställe der Polardoggen und für die Unterbringung eines dreimotorigen Expeditionsflugzeuges.

Heirat im Gefängnis

Eine junge Lehrerin aus angesehener römischer Familie heiratete im Gefängnis von Turin einen zu vielen Jahren Kerker verurteilten Gutsverwalter namens Cavalitto — ihre Hoffnung ist, daß Cavalitto vielleicht trotz seiner hohen Strafe begnadigt werden wird. Als die Lehrerin Cavalitto kennen und lieben lernte, war ihr von seinem Vorleben nichts bekannt. Sie wußte nicht, daß Cavalitto als Kommunalsekretär einer kleinen Stadt vor mehr als 20 Jahren, blutjung noch, große Bestürzungen an der Stadtkasse begangen hatte und deshalb zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Cavalitto gelang damals die Flucht, er lebte seitdem unter anderem Namen. Mit der größeren Reife wurde er ein ordentlicher Mensch, der seine Jugendblüde bereute. Es gelang ihm, sich eine neue Existenz zu schaffen: in den letzten Jahren war er Bervalter auf einem Landgut. Dort war es auch, wo er die junge Lehrerin kennen lernte, die sich in den um 20 Jahre Älteren verliebte. Aber wegen dieser Liebesbeziehungen und der häufigen Besuche der Lehrerin wurde er entlassen. Er hatte ihr die Heirat versprochen, er wollte sein Versprechen halten. Cavalitto wußte jedoch nicht, wie er den standesamtlichen Akt vollziehen sollte, ohne seine Vergangenheit zu verraten. In seiner Verzweiflung floh er wieder. Die Braut und ihre Familie taten alles, um ihn aufzufinden. Das Glück, das sie bei diesem Bemühen hatten, war sein Unglück: in Turin wurde Cavalitto als der vor 20 Jahren geflüchtete Kommunalsekretär erkannt und verhaftet. Alle Bestürzungen seiner Jugendzeit nützte nichts. Es wurde dekretiert, daß Cavalitto die vor Jahren verhängte Strafe abzuhängen habe. Die junge Lehrerin ließ trotzdem nicht von ihm ab. Sie heiratete ihn im Gefängnis. Es war eine traurige Hochzeit, aber ein Triumph der großen Liebe.

Das große Rätsel

Eine holländische, für die Kolonien bestimmte Zeitschrift erzählt diese kleine Geschichte:

Eine weiße Frau kam in ein Gebiet, in dem noch die Vielweiberei herrscht. Sie sprach mit dem Häuptling und unterhielt sich mit seinen acht Frauen. Noch niemals war in jenem Lande eine weiße Frau erschienen, und man betastete ihr blondes Haar, befühlte ihre Kleider und rieb an ihrer Haut, ob sie wohl nur aufgemalt sei. Und man fragte die Fremde: „Hast du einen Mann?“

Die Europäerin nickte.

„Kannst du schwimmen?“

„Gewiß.“

„Kannst du reiten?“

„Zarwohl.“

„Kannst du kochen?“

„Natürlich.“

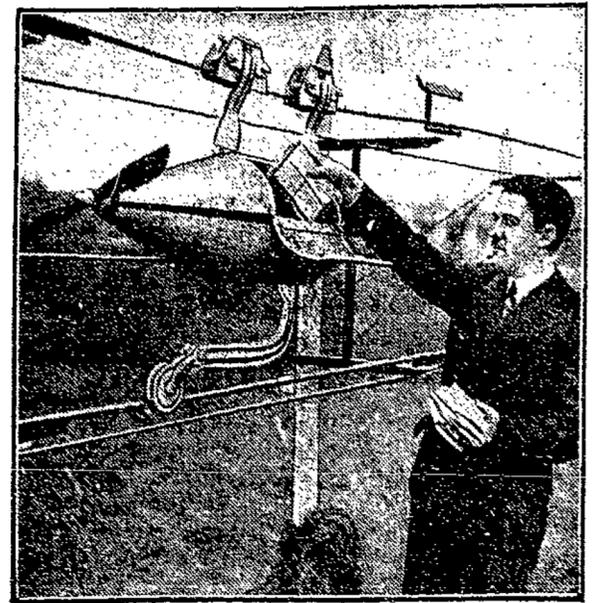
„Aber — wenn dein Mann dich schlägt, was machst du dann?“

„Ich schlage wieder.“

Da sahen sich die acht Frauen bedeutungsvoll an. Und eine sagte, die Weiße bewundernd anblickend: „Jetzt wissen wir endlich, warum die weißen Männer nur eine Frau haben — sie haben Angst.“

Posttorpedos

mit 400 km Stundengeschwindigkeit



Der deutsche Ingenieur Richard Pfau führte erstmalig das von ihm konstruierte Lufttorpedo zur Beförderung vor. Dieses neue Beförderungsmittel soll eine Stundengeschwindigkeit von 400 Kilometern erreichen, also in der Lage sein, beispielsweise einen Brief innerhalb 45 Minuten von Berlin nach Hamburg zu befördern.

Ein Geständnis Matuskas?

Der in Wien verhaftete Sylvester Matuska hatte, die Polizeikorrespondenz meldet, gestern im Verlaufe der Vernehmung gebeten, man möge ihn vorläufig in Ruhe lassen; er habe abends Mitteilungen machen. Auf diese Bitte wurde Rücksicht genommen, und abends wurde er einem eingehenden Verhör zugezogen, in dessen Verlauf er mehrfache, zum Teil phantastische Geständnisse machte. Demzufolge stellte er seine unmittelbare Täterrolle an dem Eisenbahnattentat bei Via Torbagn in Abrede. Doch gab er an, daß er einem ihm nicht mehr bekannten Mann auf dessen Aufforderung das Ersatz gefaßt und auch dem Bekannten übergeben habe. Er habe ihm auch einige Sprengstoffe verschafft, alles in Kenntnis dessen, daß das Ersatz und Sprengstoffe für ein Attentat verwendet werden sollten. Er sagte der Unbekannte, nach den Angaben Matuskas, im Auftrag stehen. Matuska gab auch zu, zurzeit der Attentat bei Tütershof und bei Via Torbagn mit dem Manne, von dem er nichts mehr wissen will, in Berlin und in Budapest gewesen zu sein. Er bestreitet aber, an dem Attentat bei Tütershof beteiligt gewesen zu sein. Auch bei dem Attentat bei Via Torbagn will er unmittelbar nicht mitgewirkt haben. Matuska behauptet ferner, daß er in dem Zuge, der bei Via Torbagn verunglückte, gefahren sei. Er bestreitet aber seine früheren Angaben, daß er in einem der abgegangenen Waggons gesessen hätte, erklärt hingegen, daß er in dem Waggon gewesen sei, der mit den zwei anderen nach der Katastrophe vor dem Wadukt stehen geblieben ist. Damit erklärt Matuska, daß er nur leichte Verletzungen erlitten hat, die lediglich von Glassplittern herrührten. Nähere Mitteilungen können die Polizei erst im Interesse der Untersuchung und mit Rücksicht darauf, daß eine Ueberprüfung der Angaben noch erheben muß, im Augenblick nicht gemacht werden.

Feuer in einem Essener Geschäftshaus

Die städtische Feuerwehr in Essen wurde Sonnabend früh, nach 1 Uhr, nach dem an einer Straßenecke gelegenen Modehaus von Frank gerufen. Als der erste Löschzug an der Unfallstelle eintraf, standen bereits das Erdgeschos und der erste Stock des Geschäftes in hellen Flammen, die durch Fenster bis zum Dach emporströmten. Die Hitze war so stark, daß die Schaulustigen des gegenüberliegenden Verlages „Essener Volkszeitung“ zersprangen. Die starke Verqaumung machte den Einsatz von Rauchschrägern notwendig. Nach etwa einstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Das Erdgeschos ist völlig ausgebrannt, während die oberen Verkaufsräume im ersten Stockwerk, die mit dem Erdgeschos durch eine offene Treppe verbunden waren, nur teilweise ausgetrennt sind.

Schnelle Aufklärung eines Raubmordes

Der Arbeiter Lüdtke und die Wanderburjchen Lückel und Steinbüchel wurden gestern in Greifswald aus dem Eisenbahnzug heraus verhaftet. Die beiden Erstgenannten wurden Sonnabend nach den 50jährigen Kolonialwarenhändler Abel aus Straßund nach einem gemeinsamen Festgelage ermordet und beraubt. Die Täter haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Hanns Hörbiger †



In Raue bei Wien verstarb im 71. Lebensjahr der Naturphilosoph Hanns Hörbiger, dessen Weltanschauung in den letzten Jahren in wissenschaftlichen Kreisen zahlreiche Anhänger fand. Die von Hörbiger erdachte Weltanschauung enthält die folgende neue Ideen über die Urgeschichte des Erdballs. Von der Wechselwirkung von Blut und Eis ausgehend, wird die Entstehung der Weltkörper im Rhythmus ihres kosmischen Lebens erklärt. Auch als Ingenieur hat Hörbiger, der aus einem Arbeiterbauerngeschlecht stammt, in früheren Jahren Bedeutendes geleistet, u. a. konstruierte er die sogenannten Hörbiger-Maschinen.

Zyphus bei der Schutzpolizei in Königsberg?

In der Polizeiunterkunft Herzogsader in Königsberg sind sechs Erkrankungsfälle festgestellt, bei denen der Verdacht einer zyphösen Infektion besteht. In Zusammenarbeit mit dem medizinischen Institut und den zuständigen ärztlichen Stellen ist alles Erforderliche veranlaßt worden, um sowohl die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, wie auch die Erkrankungsursache festzustellen. Die Krankheit nimmt einen leichten Verlauf. Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.

Denkmal für Otto Reutter



Dem großen deutschen Humoristen Otto Reutter, der Anfang März gestorben ist, wurde in seiner Heimatstadt Gardelegen ein Denkmal errichtet.

Betrug an der Stadt Rothenburg o. d. Tauber

Ein umfangreicher Bankprozeß, dessen Verhandlung mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird, begann gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg. Angeklagt ist der Berliner Bankier Willi Ehras wegen Untreue, Betruges und Vergehens gegen das Börjendepotgesetz. Schwer geschädigt wurde durch den Bankier Ehras die Stadt Rothenburg o. d. Tauber. Von der Rothenburger Stadtverwaltung wird zu der Sache mitgeteilt, daß die Stadt zwar seinerzeit bei einem Anleihegeschäft in Gefahr gekommen sei, nahezu eine halbe Million Mark zu verlieren. Es sei aber den in Betracht kommenden Kreisen gelungen, die Stadt restlos zu entschädigen, so daß kein Verlust zu beklagen sei.

Segler über den Ozean

Der junge deutsche Schiffs-offizier Erik Engler verließ den portugiesischen Hafen Oporto in einem kleinen Segelboot; Engler hat die Absicht, mit seinem Schiff den Ozean zu überqueren; er hofft in hiebig Tagen die amerikanische Küste erreicht zu haben.

Unterichlagung

Bei der Orts- und Landkrankenkasse Jfeld im Südbharz wurden große Unterichlagungen aufgedeckt. Der Geschäftsführer, zwei Ärzte und sechs andere Personen wurden unter dem Verdacht der Veruntreuung verhaftet.

13000 Lehrer ohne Geld

In Chicago haben 13000 Schullehrer seit dem 1. April kein Gehalt mehr bekommen. Bei der katastrophalen Finanzlage der Stadt besteht vorläufig keinerlei Aussicht auf Besserungen dieses Zustandes.

29745 Ärzte-Gutachten!

Jede Bohne Qualität
jeder Tropfen Genuß
jede Tasse Gesundheit
das ist Kaffee Hag!

In jedem Paket ein Gutschein. Im Weihnachtsmonat 1931 auf 40 Gutscheine 1 mit. Altsilber-Dose mit Kaffee Hag gratis

Die Bauarbeiter hungern

Trotzdem kein Tariffchutz

Die Bauarbeiter gehen einer schweren Zeit entgegen. Es geht ihnen schon jetzt herzlich schlecht, aber es scheint, daß sie den Hungertiemeln noch enger schnallen sollen. Der Baumarkt ist so gut wie tot. 60 Prozent der Bauarbeiter sind arbeitslos und bald werden es 90 sein; denn nach der neuen Notverordnung muß man damit rechnen, daß der städtische Wohnungsbau völlig zum Erliegen kommt, während auf der anderen Seite in der Krise die Industrie eher Fabriken stilllegt und niederreißt als auf- und umbaut. Zu den Siedlungsbauten aber, vor allem zu der geplanten Siedlung zur Linderung der Arbeitslosennot will man die Bauarbeiter auch nicht heranlassen; hier will man lieber mit dem freiwilligen Arbeitsdienst herumexperimentieren als den hungrigen Bauarbeitern eine Erwerbsmöglichkeit geben.

Für diese Notlage der Bauarbeiter hat man im Reichsarbeitsministerium allem Anschein nach wenig Verständnis. Die Legende von den hohen Bauarbeiterlöhnen muß den maßgebenden Stellen den Blick getrübt haben, sodaß sie die traurige Wirklichkeit, in der sich die Bauarbeiter befinden, gar nicht sehen. Anders ist die Haltung des Ministeriums gegenüber den Bauarbeitern kaum zu erklären. Soeben hat es endgültig eine Allgemeinverbindlicherklärung der Bauarbeiterlöhne abgelehnt. Die vom Minister persönlich gezeichnete Mitteilung der Ablehnung an die Bauarbeiterverbände lautet: „Von der Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirks- und Lohnstarife des Baugewerbes sehe ich ab, da ich es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angängig erachte, die darin vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzusetzen. Ich bitte, Ihre Unterverbände, deren Anträge ich hierdurch als erledigt betrachte, zu verständigen.“

Diese endgültige Absage, den schwer bedrängten Bauarbeitern in ihrem Kampf um die Erhaltung ihres Lohnniveaus beizustehen — eine Aufgabe, die doch vornehmste Pflicht eines Arbeitsministers sein sollte — erscheint in einem besonders eigenartigen Licht, wenn man sich daran erinnert, daß die „vereinbarten Löhne“ doch von Persönlichkeiten festgelegt wurden, die der Reichsarbeitsminister selbst mit der Neuregelung der Löhne beauftragte. Das war sowohl in der Spitzenentscheidungsstelle, im Zentralschiedsgericht, der Fall wie auch in den bezirkslichen Schiedsgerichten. Der Reichsarbeitsminister weigert sich also, Löhne für allgemein verbindlich zu erklären, die von seinen Beauftragten, den Bezirksrichtern, für verbindlich erklärt wurden. Der Minister — ein aus den Gewerkschaften hervorgegangener Minister — will nicht die Verantwortung für das Übernehmen, was seine Beauftragten festgelegt haben oder was mit Hilfe seiner Beauftragten vereinbart wurde. Das ist eine Einstellung, die der Forderung der Unternehmer nach „Beweglichkeit der Lohnstarife“ bereits sehr weit entgegen kommt.

Dem Reichsarbeitsminister sind die Bauarbeiterlöhne nach immer zu hoch. Nur aus dieser Auffassung heraus kann er seine verhängnisvolle Entscheidung getroffen haben. Das Statistische Reichsamt hat jedoch in seiner kürzlich veröffentlichten revidierten Tariflohnstatistik festgestellt, daß das Gerede von den hohen Bauarbeiterlöhnen wirklich nur ein leeres Gerede ist. Nach der erwähnten Statistik, d. h. also nach der Feststellung einer Behörde, die dem Reichsarbeitsministerium sehr nahe steht, betrug der durchschnittliche Tariflohn pro Tag für Maurer im Juli 1931 113,4 Pf., für Hauer im Bergbau ebenfalls 113,4, für Tischler 114,4 und für Brauer 122,0 Pfennig. Der Tariflohn der letzten Gruppe ragt also bedeutend über den Tarifdurchschnittslohn des Kaufarbeiters hinaus. Viel schlimmer noch liegen die Dinge, wenn man die vom Statistischen Reichsamt errechneten Jahresdurchschnittseinkommen der Bauarbeiter betrachtet. Danach hatte der Bauarbeiter im Jahre 1930 ein tatsächliches Einkommen von 1200 Mark, und das voraussichtliche Einkommen des Kaufarbeiters im Jahre 1931 beträgt nach dem Statistischen Reichsamt 650 Mark — in Worten: sechshundert-fünfundfünfzig Reichsmark! Nach viel seltener sind die Einkommensverhältnisse bei den Bauhilfsarbeitern, die ebenfalls von der Verweigerung der Allgemeinverbindlicherklärung der Löhne durch den Reichsarbeitsminister schwer betroffen werden. Ihr tatsächliches Einkommen betrug schon im Jahre 1930 nur 960 Mk.; ihr voraussichtliches Einkommen für das Jahr 1931 beträgt nach derselben amtlichen Quelle, die gar keine Ursache hat, die Dinge schwärzer zu malen, als sie sind, rund 500 Mark.

Das sind Jahres-Einkommen! Die Feder sträubt sich, sie niederzuschreiben. Die Vorstellung, daß von diesen „Einkommen“ Familien ernährt werden sollen, ist grauig und aufreizend. Sie sei jedem nur einigermaßen menschlich empfindenden Menschen Empörung gegen alle Verantwortlichen wachrufen, die noch — auch jetzt noch — mit dazu beitragen, auch noch diese Hungererdienschte zu gefährden. Wo bleibt die Ab- und Umkehr von einer solchen Lohnschneiderei, die nicht nur das Volk, sondern die ganze Wirtschaft ins Chaos führt?

Die neuen Schiedssprüche für die Seeschiffahrt

Sind am Freitag vom Reichsarbeitsminister, nachdem die Nachverhandlungen kein Ergebnis gebracht hatten, für verbindlich erklärt worden.

Die Verbindlicherklärung ist unverständlich. Die Vertreter des Gesamtverbandes hatten in den Nachverhandlungen mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß die Schiedssprüche für die Seeleute untragbar seien. Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung der Löhne, das sei des Guten doch etwas zu viel, vor allem bei einem Beruf wie dem der Seeleute, der härter als alle anderen Berufe von Gefahren für Leben und Gesundheit bedroht ist. Es sei doch unmöglich, den Seeleuten, die die härteste Unfallgefahr auszuweichen hätten, höhere Löhne zu geben als den anderen Arbeiterkategorien. Die Verantwortlichen Seelen müßten

sich auch darüber im Klaren sein, daß eine Verbindlicherklärung von den Seeleuten bei der nächsten Gelegenheit entsprechend beantwortet werde.

Die Warnung der Gewerkschaften hat nichts gefruchtet. Die Verbindlicherklärung erfolgte, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die Schiffsoffiziere aus Angst um ihre Existenz ihren Schiedspruch angenommen hatten. Man darf nicht vergessen, daß bei den Schiffsoffizieren ein ungeheures Angebot von Arbeitskräften besteht — die Reederei sorgen schon dafür, daß der Andrang zum Schiffsoffizierberuf nicht nachläßt — und daß es den Entlassenen schwer fällt, an Land eine ihrem Beruf einigermaßen gleichwertige Beschäftigung zu finden.

Die Verhandlungen über die Seeschlepper- und Leichtertarife sowie über den Zusatztarif zum Mantelvertrag für die Großschiffahrt sind noch nicht abgeschlossen.

Was bleibt dann noch vom Lohn?

Bei den Lohnverhandlungen für die Staatsforstarbeiter, die zurzeit in verschiedenen Ländern stattfinden, lassen die Verwaltungen in ihren Abbauforderungen jedes Augenmaß vermissen. In Württemberg fordert man zum Beispiel einen Abbau um 20 bis 30 Prozent. Wenn schon der Staat mit schlechtem Beispiel vorangeht, was soll man dann von den Unternehmern erwarten.

Achtung! Freigewerkschaftliche Betriebsräte

Heute pünktlich um 19,30 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: 2. Schulungsabend der Gruppe „A“

Schiedspruch für die sächsische Papier- und Holzstoffindustrie

Der amtliche Schlichtungsausschuß Dresden hat im Lohnstreit der sächsischen Papier-, Papp-, Weiß- und Holzstoffindustrie folgenden Schiedspruch gefällt: Vom 13. Oktober 1931 ab wird der Stundenlohn der Arbeiter über 20 Jahre in Gruppe 5 Ortsklasse 1 auf 75 Pfennig ermäßigt. Die übrigen Löhne regeln sich entsprechend dem Gruppentarifvertrag. Diese Regelung läuft bis Dienstag, den 15. Dezember 1931.

Die Lohnherabsetzung beträgt rund 4 Prozent. Die Branchenkonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter wird am Sonntag in Chemnitz zu dem Schiedspruch Stellung nehmen. Die Entscheidung dürfte durch Urabstimmung der Belegschaften erfolgen.

Die Weltarbeitslosigkeit vor dem Internationalen Arbeitsamt

Genf, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat am Montag seine 55. Tagung eröffnet. Als Nachfolger für Arthur Fontaine wurde der belgische Regierungsvertreter Mahaim einstimmig zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt. Der Konferenz liegt u. a. eine Zusammenstellung der Welt-Arbeitslosigkeit vor, die ein wahrhaft

erschütterndes Bild gibt. Die Zahlen sind unvollständig und nicht miteinander vergleichbar, da in vielen Staaten amtliche Statistik besteht und in anderen Ländern nur geordnete Kategorien von Arbeitslosen registriert werden. So Deutschland am 15. August 4,1 Millionen Arbeitslose gegenüber 2,8 Millionen im August 1930, Österreich 196 000 Unter- gegenüber 156 000, Belgien 176 000 Unter- gegenüber 6. Dänemark 36 000 organisierte Arbeitslose gegenüber 26 000, Reich 53 678 eingetragene Arbeitslosen gegenüber 11 200, Eng- 2,8 Millionen im August 1930, Österreich 196 000 Unter- gegenüber 156 000, Italien 27 600 eingetragene Arbeits- gegenüber 20 400, Norwegen 22 500 gegenüber 12 900, So- 66 000 organisierte gegenüber 32 700, Polen 332 800 gegen- 244 100, Schweden 44 300 organisierte gegenüber 27 200, Sa- 19 000 eingetragene gegenüber 10 300, Tschechoslowakei 21- gegenüber 77 300, Kanada 32 400 organisierte gegenüber 18- Neuseeland 48 670 organisierte gegenüber 5371, endlich USA- Steigerung der organisierten Arbeitslosen von 15,7 Prozent im Jahre 1930 auf 19 Prozent in diesem Jahre.

Zum Ausbau des Breslauer Flughafens

Die „Volkswacht“ vom 26. September berichtete von dem geplanten Bau einer Flugzeughalle auf dem Breslauer Flughafen und daß die Arbeiten bereits an die Schlesiische Montangesellschaft vergeben sind. In einer gestern stattgefundenen Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Schlesiischen Montangesellschaft berichtete der Betriebsrat, daß nach den Erklärungen der Direktion die Arbeiten nur zum geringeren Teil in Breslau gestellt werden sollen. Der größere Teil werde auswärts erledigt werden. Ferner wurde berichtet, daß die Firma beabsichtige, rund 40 Arbeiter und Angestellte zu entlassen, um die Verpflichtungen dem hiesigen Magistrat, für 12 000 Arbeitsstunden Wohlfahrts-erwerbslos zu einstellen, zu erfüllen. Nach dem Bericht folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die heute versammelten Arbeiter und Angestellten der Schlesiischen Montangesellschaft protestieren ganz entschieden gegen die Absicht der Firma, den weitaus größten Teil der Arbeiter für den Breslauer Flughafen nach auswärts zu geben. Das Vorhaben der Firma ist um so mehr zu verurteilen, als die Breslauer Metallindustrie unter der Wirtschaftskrise besonders schwer zu leiden hat. Die Verleumdungen von den zuständigen Stellen, daß sie die Durchführung dieser Maßnahmen verhindern, des Weiteren erin- die Versammelten um Aufklärung, ob ein Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Breslau und der Firma vorliegt, nach welcher die Firma die Möglichkeit der Entlassung von im Betrieb beschäftigten hat, um dafür Wohlfahrtsunterstützungsempfänger einzustellen.“

Die Differenzen in der Metallindustrie Breslaus

Am Sonnabend berichteten wir bereits von einer Urniederlegung bei der Firma Vinte-Hofmann-Busch u. Co. Differenzen nehmen anscheinend größeren Umfang an, weil an der genannten Firma noch weitere acht Firmen beabsichtigt. Akfordabzüge bis zu 25 Prozent durchzuführen. In Frage kommen eine Anzahl Betriebe, darunter: Archimedes, Smogdewer, H. meter, J. B. Hofmann, Remna, Meinede, Gebr. Stern, Wintzig u. Co.

Nach der Auffassung der Arbeitgeber sind in diesen Betrieben die Akorde „weggelaufen“. Die Akordbedienste sollen zurückgebracht werden, daß nur noch 1 Mark pro Stunde er- wird. In Frage kommen rund 3200 Arbeiter. In allen Fällen ist damit zu rechnen, daß die Arbeiter sich das Vorgehen der Firmen nicht gefallen lassen. Bis jetzt ist das Vorgehen der Arbeitgeber nicht einheitlich. Die Befehlsbefehle, die das An- der Arbeitgeber ankündigt, erfolgten nicht gleichzeitig. Jetzt aber, daß die 9 genannten Firmen sich auf ein gemeinsames gehen festlegten.

Die Berliner Konjunktionsgesellschaft gibt ihren Umsatz September mit 5,464 Millionen Mark an gegenüber 5,764 Millionen Mark im September 1930. Die Mitgliederzahl steigerte im ersten Vierteljahr des Geschäftsjahres um rund 4500 199 945. Bei der Spartasse ist eine Belebung des Geschäftes zu stellen.

30 Prozent Abbau

Arbeitslosenunterstützung als Lohn

Die neue Notverordnung hat gegenüber ihrem Vorläufer vom Juni im Arbeitslosenschutz einige Verbesserungen gebracht. Worin sie bestehen, ist bereits genügend erörtert worden. Sie bedeutet nur die Beseitigung einer Reihe unerträglicher Härten und waren längst notwendig und fällig. Sie ändern aber nichts an der erschütternden Tatsache eines rigorosen Abbaus des Arbeitslosenschutzes. Dieser Abbau stellt in keinem schärferen Ausmaß geradezu eine Ungeheuerlichkeit dar; denn er beträgt nicht weniger als rund 30 Prozent.

Wie es zu dieser Unterstützungslenkung gekommen ist und wie sich diese zusammensetzt, darüber macht die Gewerkschaftszeitung, das Organ des IOGB, in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer einige interessante Mitteilungen.

Die Gewerkschaftszeitung sagt: Stelle man den Durchschnitt des vollen Unterstützungsaufwandes in dem Halbjahr nach dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung (1927) der Zeit nach Auswirkung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegenüber, so ergebe sich, daß ein durchschnittlicher Unterstützungsaufwand im Jahre 1927 in Höhe von 51,01 Mark heute einem Betrag von etwa 37,25 Mark gegenübersteht. Das bedeutet eine Senkung der Unterstützung um rund 30 Prozent. Dazu komme, daß nach den amtlichen Feststellungen die Lebenshaltungskosten in der gleichen Zeit nur in verhältnismäßig sehr viel geringerem Umfang zurückgegangen seien, nämlich um rund 9 Prozent, wenn man von dem Durchschnitt des Jahres 1928 ausgehe. Dabei sei noch zu beachten, daß die durchschnittliche Senkung der versicherungsmäßigen Unterstützung bis zum Herbst 1931 die mittleren und besonders die höheren Lohnklassen sogar noch stärker getroffen habe. Die „Gewerkschaftszeitung“ schließt ihre Feststellungen mit zwei, typischen Beispielen tragenden, Unterstützungsbeispielen aus den Lohnklassen 11 und 10, in denen der Unterstützungsabbau bis zu 35 und 36 Prozent geht.

All das genügt unjeren Scharzmachern aber immer noch nicht. Sie fordern eine weitere Senkung der Arbeits-

losenunterstützung, zunächst allgemein auf die Höhe der Kräfte. Ihre Organe sagen auch ganz offen, warum das gefordert wird. Sie erklären brutal, die Arbeitslosenunterstützung auf einen Stand gebracht werden, der es ermöglicht, in dem erforderlichen Umfang Lohnsenkungen vorzunehmen, ohne daß Arbeitslohn unter die Arbeitslosenrente herabsinkt.

Man läßt jetzt die Maske fallen und spricht offen aus welchem Zweck das Unternehmertum seit Jahr und Tag in Angriff gegen die Arbeitslosenunterstützung geführt hat. Die Lenkung — das war von allem Anfang an das Ziel der Unternehmer im Kampf gegen den Arbeitslosenschutz. Auf der anderen Seite muß jetzt aber auch der Masse der Arbeitslosen mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein kommen, wie eng sie schicksalhaft mit dem der Arbeiter, die noch Arbeit haben verknüpft ist. Lohnabbau bedeutet Abbau des Arbeitslosenschutzes und umgekehrt: jede Verschlechterung des Arbeitslosenschutzes zieht ein weiteres Sinken des Lohnniveaus nach sich. 30 Prozent ist der Arbeitslosenschutz abgebaut und ein weiterer Abbau wird vom Unternehmertum gefordert. Die Arbeiter und die Arbeiter können also ganz klar erkennen, wohin die Wege gehen soll. Die neuen Vorstöße des Unternehmertums in Lohnfrage, ihre Massenfindigungen, ihre Haltung in den Bewegungen des Bergbaus, ihre Ründigungsaktion in der Metallindustrie, ihre Forderungen in der Landwirtschaft, ihr Druck Reichsbahn und Reichspost — das alles soll vor Eintritt Winters abermals eine Lohnabbauwelle in Bewegung bringen.

Was die Scharzmacher in der Schwerindustrie schon langem gefordert haben, soll jetzt Wirklichkeit werden. Sun- Lohn im grauamsten Sinn des Wortes — mit wollen sich die bankrotten Wirtschaftskapitäne jenseitigen Massenverleumdung von einem unerhörten Umfang einer unerhörten Schärfe — das ist die ganze Weisheit Totengräber Deutschlands.